

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: 26. Nov.—2. Dez. 1 Billion R. Einige Nummern 180 Millionen R.  
Gehöriger: Geschäftskarte Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574  
Postkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgeldkonto Dresden Nr. 140

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 32 mm breite Grundseite oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingesch. 90 Pf. — Erhöhung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Seitweise Nebenblätter: Landtag-Blätter, Befreiungsbücher der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt. Verkaufsstelle von Hopfenplanten auf den Staatsforstrevieren.

Berantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Voß in Dresden.

Nr. 273

Dresden, Montag, 26. November

1923

## Auf dem Wege zur Bildung eines Kabinetts Albert.

### Tönende Worte — doch kein Wille zur Tat!

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst prägt die durch die Demission Stresemanns und die Haltung der bürgerlichen Parteien geschaffene Lage und gelangt zu folgendem Ergebnis:

Noch bevor die Demission der Regierung Stresemann vollzogen war, waren sich die bürgerlichen Parteien, wenigstens in Worten, darüber einig, daß die Bildung des neuen Kabinetts aus innen- und außenpolitischen Gründen, innerhalb 24 Stunden vorgenommen werden müsse. Im Verlauf des Sonnabend war den jüngsten Parteien vielfach Gelegenheit gegeben, zu zeigen, ob sie, entsprechend ihren schönen Wörtern, auch in der Tat das Vaterland über die Parteien zu stellen geneigt wären. Wir haben nichts davon gemerkt, sondern müssen, im Gegenteil, feststellen, daß sie, ohne Ausnahme, ihre Parteinteressen vor das Wohl der Allgemeinheit gestellt haben. Die einen lehnten es ab, überhaupt einen Reichskanzler zu präsentieren, die anderen wollten nur einen bestimmten Mann vorstellen, und als der Reichspräsident selbst endlich eine Persönlichkeit gefunden hatte, der es überlassen sein sollte, nach eigenem Ermess ein Kabinett zu bilden, lebten die Deutschnationalen zunächst ab, weil ihnen dieser Kandidat nicht passte, und die eigene Fraktion, die Volkspartei, verzogt ihrem Kardorff ebenfalls die Gesellschaft. Tropfem sind wir überzeugt, daß man auch für das Scheitern der Mission des Abg. Kardorff die Sozialdemokratie verantwortlich machen wird. Sie war bisher immer der Sünderbod! Schon nach dem Sturz Stresemanns schrieb man ihr die Aufgabe zu, den Reichskanzler zu nominieren, obwohl die bürgerlichen Parteien ihm noch schneller die Gesellschaft verfragt hätten, als es bei Herrn Kardorff der Fall war.

Der größte aller Demagogen aber ist und bleibt Herr Hergt. Er lehnt zunächst für seine Fraktion die Beteiligung an einer Regierung Kardorff ab, um sich dann in der ihm nahestehenden Presse selbst als Kanzlerkandidat zu empfehlen und, ohne überhaupt berufen zu sein, gleich eine Zusage für die Übernahme der Regierungsgeschäfte zu machen. Diese Methode der Selbstendirektion bedeutet nichts anderes, als den Anfang einer neuen Spur gegen den Reichspräsidenten. Wir waren nicht überrascht, wenn die Deutschnationalen schon in den allermächtigen Tagen erklärten, die Vereinigung, „Ordnung zu schaffen“, sei an der „parteilichen Haltung“ des Reichspräsidenten gescheitert. Schon deshalb glaubten wir, darauf zu weisen zu müssen, daß es sinnlos gewesen wäre, den Deutschnationalen Abgeordneten Hergt mit der Regierungsbildung zu beauftragen, da ja volle Klarheit darüber bestand, daß nicht eine einzige bürgerliche Partei, selbst nicht die Deutschnationalen, bereit gewesen wäre, sich geflossen hinter einem Kanzler aus den Reihen der Deutschnationalen zu stellen. Wenn Herr Hergt trotzdem eine Regierung gebildet und sie dem Reichstag vorgeholt hätte, wäre seine Kanzlerschaft innerhalb 24 Stunden zerrichtet gewesen, da ihm das, nach der Verfassung notwendige, Vertrauen von vornherein versagt war. Seine Beauftragung wäre also praktisch nichts anderes als eine Komödie gewesen, und der Reichspräsident konnte ihr deshalb seine Zustimmung nicht geben.

Wir dem Scheitern der Mission Kardorffs und infolge der Haltung der bürgerlichen Mittelparteien, die den ersten Willen zur Lösung der Krise in Weißigkeit überhaupt nicht hatten, auch eine Auflösung des Reichstags nicht wünschen, sondern dem lieben Gott am liebsten alles überließen, sind die letzten parlamentarischen Möglichkeiten zur Bildung einer Regierung vorläufig erschöpft. In dieser Situation blieb, als einzige Hoffnung, die Initiative des Reichspräsidenten. Er hatte zweifellos eine sehr schwere Aufgabe zu lösen, die vielleicht dadurch etwas erleichtert wurde, daß er mir die Auswahl unter zwei Möglichkeiten hatte. Er konnte entweder den Reichstag sofort auflösen und das gestaltete Kabinett mit der Fort-

führung der Geschäfte bis zur Erledigung der Neuwahlen beauftragen, oder aber die Bildung einer Regierung, ohne vorläufige Zustimmung der Parteien, vornehmen lassen, die vor dem Reichstag tritt, ihr Programm abgibt und dann die Vertrauensfrage stellt. (Diesen Weg hat er gewählt. D. R.) Wird die Vertrauensfrage verneint, dann bleibt dem neuernannten Reichskanzler nichts anderes übrig, als, unter Zustimmung des Reichspräsidenten, Neuwahlen anzuschreiben und bis zum Wiederaufzutreten des neugewählten Reichstags die Geschäfte zu führen. Es ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß die bürgerlichen Parteien, unter dem Druck der

von ihnen selbst herausbeschworenen Lage, plötzlich ihre Auffassung wieder ändern und sich für Kombinationen begeistern, die sie noch gestern mit Entziffung von sich gewiesen haben. Jedenfalls ist der Sozialdemokratie die Fähigkeit, sich, nach dem Willen des Herrn Hergt, anzubiedern, nicht gegeben. Andernfalls würde sie aber auch, nach wie vor, den Ruf zur positiven Mitarbeit nicht ohne weiteres ablehnen. Sie droht sich nicht nach Ministerstellen, sondern sieht der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegen: mag sie die Auflösung des Reichstags oder irgendein Kabinett ohne ihre Beteiligung bringen!

mit den Führern der Mittelparteien Führung gesucht hatte, tauchte die Kandidatur Kardorffs auf. Dieser Vorschlag kam aus den Reihen des Zentrums und wurde von den Demokraten lebhaft unterstützt. Gleichzeitig bestand die Regierung, einen bayerischen Volkspartei in das Kabinett aufzunehmen, der als Verbindungsmann zu den Deutschnationalen gelten sollte. Es war geplant, das neue Kabinett mit wechselnden Mehrheiten regieren zu lassen.

Als Dr. v. Kardorff vom Reichspräsidenten befragt wurde, ob er bereit sei, die Kabinettbildung zu übernehmen, bat er sich eine lange Bedenkzeit aus. Er verhandelte zunächst mit dem Deutschnationalen Abg. Hergt im Beisein seines Fraktionskollegen Dr. Heinze. Später führte Kardorff Besprechungen mit dem Zentrumssührer Marx und dem Vorsitzenden der demokratischen Fraktion, Dr. Petersen. Vor Beginn der Fraktionssitzung der Volkspartei vergemisstete sich der Kanzlerkandidat der Mitarbeit des bisherigen Post-, Ernährungs- und Arbeitsministers. Die übrigen Ämter sollten mit Reichtagsabgeordneten besetzt werden, wobei für das Finanz- und Wirtschaftsministerium an Herrn Minow gebacht worden war. Die Pläne Kardorffs wurden jedoch hinsichtlich der ablehnenden Haltung des Deutschnationalen und der Stellungnahme seiner eigenen Fraktion. Die Deutschnationalen lehnten Kardorff als Kanzler ab, während die Volkspartei sich gegenüber seinen Bestrebungen, daranhin eine Regierung mit Unterstützung der Sozialdemokratie zu bilden, ebenfalls ablehnen verhielt. Kardorff mußte deshalb gegen 9 Uhr abends den Wunsch des Reichspräsidenten, gezwungen durch seine eigene Fraktion, ablehnen.

Rathen die Kandidatur Kardorff unmöglich gemacht worden war, ließ Herr Hergt in den Handlungen des Reichstags erklären, daß er, ebenso wie jeder andere Deutschnationale, eine ihm übertrogene Kabinettbildung unter allen Umständen anzunehmen beabsichtige. Bevor sie jedoch zur Regierungsbildung schreiten würden, wollten sie zunächst den Versuch machen, vom Reichspräsidenten die Order zur Auflösung des Reichstags zu erhalten, um, im Falle einer Verneinung der Vertrauensfrage durch das Parlament, sofort Neuwahlen auszuschreiben zu können.

### Partei und Republik.

Von Polizeioberst Dr. Hermann Schüpinger. Während in der Reichshauptstadt der Kampf um die politische Macht über das Reich in voller Öffentlichkeit vor sich geht, spielt sich in Sachsen in aller Stille ein erbitterter Kampf um die Republikalisierung einer der Länder-Verwaltungen ab. Die erste große Lüge über Sachsen: die angeblichen Blünderungen und Ausschreitungen der proletarischen Hundertschaften, hat dazu beigetragen, die militärische Gewalt gegen den Freistaat auszuüben; die zweite große Lüge: die angebliche „Überpolitik“ der Verwaltung, soll dazu dienen, das Republikalisierungswerk in Sachsen zu diskreditieren und, nach der militärischen Vergewaltigung, eine Beschämung der republikanischen Verwaltung, zunächst der Polizei mit Hilfe des Ausnahmestandes, dann der übrigen Ressorten durch irgendwelche staatsrechtliche Experimente folgen zu lassen. Bedauerlicherweise hat sich nun auch die Ortsgruppe Dresden des Deutschen Republikanischen Reichsbundes dazu benützen lassen, diese Aktion durch eine große, im reaktionären Blätterwald mit Begeisterung aufgenommene Resolution moralisch zu unterstützen und hat damit, zur Freude unserer Gegner, die junge hoffnungsvolle Bewegung des D.A.R. in den Kreisen der sächsischen Arbeiterschaft mit einem tödlichen Streich versehen.

Die Abwertung der republikanisierten sächsischen Verwaltung ist nicht allein eine Angriffslage Sachsen, sondern der gesamten vorwärts drängenden jungen deutschen Republik. Sie wird vollzogen unter der Militärdiktatur und

## „Eine Regierung bewährter Männer“.

Berlin, 26. November.

Der Reichspräsident hat gestern, unter Ausichtnahme der Parteien, die Versuche zur Lösung der Regierungskrise fortgesetzt. Er empfing im Laufe des Vormittags den Reichswehrminister Dr. Gehrke und den früheren Schatzminister Dr. Albert zu einer gemeinsamen Besprechung. Später besprach er die Lage mit dem Reichinnenminister Dr. Jarres und empfing dann anschließend den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Die Unterredungen führten zu dem Ergebnis, daß die Versuche zur Bildung einer Koalitionsregierung im Augenblick ohne Erfolg bleiben mügten. Aus diesem Grunde sah sich der Reichspräsident veranlaßt, im Laufe des Nachmittags folgendes Schreiben an den früheren Reichsschatzminister Dr. Albert zu richten:

„Meine bisherigen Besprechungen über die Kabinettbildung haben mich überzeugt, daß es zurzeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung auf ausreichender parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht so überaus ernst, daß die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung keinen Aufschub mehr duldet. Ich sehe nur die eine Möglichkeit, eine Regierung bewährter Männer zu bilden, die entschlossen sind, unter Zurückstellung von persönlichen und parteipolitischen Rücksichten ihre ganze Kraft für die Leben und Tode der unseres Landes einzuziehen. In dieser schweren Stunde appelliere ich nochmals dringend an Ihr vaterländisches Pflichtgefühl, Ihre mir gegenüber und auch von mir gewidmeten Gedanken zurückzusehen und die Bildung einer solchen Regierung zu übernehmen.“

Für eine umgehende Erklärung wäre ich Ihnen sehr dankbar.“

Nach dem Empfang dieses Schreibens hatte Dr. Albert ernst eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten. Er erklärte sich bereit, die Kabinettbildung zu übernehmen. Es ist anzunehmen, daß die neue Regierung bereits heute endgültig gebildet wird und sich am Mittwoch dem Reichstag vorstellt. Die Minister Brauns, Jarres und Gehrke dürften der Regierung Albert bestimmt angehören. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch ein Teil der übrigen Minister des Kabinetts Stresemann in ihren Ämtern verbleiben. Dr. Stresemann selbst hat es abgelehnt, das Außenministerium zu übernehmen.

Die Haltung der Sozialdemokratie zu der neuen Regierung Albert hängt nicht nur von deren Programm, sondern auch von ihrer Zusammensetzung ab.

## Die Bemühungen zur Lösung der Krise.

### Die schnell erledigte Kandidatur Kardorff.

Berlin, 26. November.

Über die bis in die Vormittagsstunden des Sonntags fortgesetzten, vergeblichen Bemühungen, die Regierungskrise einer Lösung zuführen, erzählt Ihr Beichterestalter folgendes:

Der Führer der Deutschnationalen Fraktion, Hergt, der noch am Freitag abend vom Reichspräsidenten empfangen wurde, verlangte in dieser Besprechung nicht die Bildung des Kabinetts durch einen Deutschnationalen Abgeordneten, sondern er machte den Vorschlag, einen Vertreter der Volkspartei, unter Beteiligung der Deutschnationalen, mit der Regierungsbildung zu betrauen. Reichspräsident Oberst gab Dr. Scholz von der Aufsicht der Deutschnationalen Kandidatur. Noch am Freitag abend

nahm die volksparteiliche Fraktion zu dem Standpunkt der Deutschnationalen Stellung und beschloß, sich an einem nach rechts weiteren Kabinett nur unter Führung des Reichskanzlers Dr. Stresemann zu beteiligen. Am Sonnabend vormittag befuhr sich auch die Zentrumsfaktion mit der Krise. Sie bestätigte den ehemaligen Reichskanzler Hergt, daß dem Reichspräsidenten mitzuteilen, daß unter keinen Umständen der Kanzler aus den Reihen des Zentrums gestellt werden könnte. Dieser Standpunkt wurde besonders von dem ehemaligen Zentrumsminister Stegerwald vertreten.

Erst im Laufe des Sonnabend nachmittag, nachdem der Reichspräsident zuvor noch einmal

unter dem Diktum des "Säuberung Sachsen" von dem "kompromittierten System Beigner". Es ist richtig, daß die funktionswerte Erfassung der wichtigsten Schlagadern der Staatsverwaltung, die sich — wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß — nicht allein an den Spitzen des Kabinetts, sondern vor allem in den "Abteilungen" der Ministerien und in den prominenten Sachbearbeiterstellen der Landes- und Provinzialverwaltungen befinden, das Werk des Ministerpräsidenten Dr. Beigner und seines Innenministers Liebmann ist. Der "Herr Beigner", der, nebenbei bemerkt, an unterster Stelle als Musterbeispiel eines niederdidaktischen Expresskriegerdienstes erkannt ist, soll nun dazu herhalten, die von Beigner berufenen Männer, als Exponenten eines verhumpelten Partei-regimes, zu bestimmen und all das zu zerschlagen, was in zweidreier Jahren zäher Verwaltungs-reform aufgebaut wurde.

Werden behandelt nun eigentlich das Beweisliche der Beignerschen Republikanisierungssaktion? Beigner und Liebmann begnügten sich nicht damit, von ihrem Ministerhassel aus durch Befordernissen ihre Untertanen zu regieren, sondern sie beriefen sich aus Sachsen und aus dem ganzen Reich Männer die, als Spezialisten auf bestimmten Gebieten der Verwaltung und als Vorkämpfer der Republik, sich einen Namen gemacht hatten. Damit besetzten sie die Haupt-Verantwortlichen der Verwaltung und schufen sich dadurch die Garantie dafür, daß die Gesetze und Befordernisse nicht auf dem Papier stehen blieben. Die mittlere und die untere Beamenschaft, deren strobambliche Elemente zur höheren Beamenschaft herausgehoben wurden, lernten am Beispiel ihrer republikanischen Vorgängerinnen, daß die geistige Gemeinschaft zwischen den Hand- und Kopf-arbeitern doch ein Ding sei, das seine tiefste Begründung habe und viel mehr den idealen und materiellen Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger entspreche. Vor allem: es wurde nicht mehr als "vornehm" empfunden, den wilden Reaktionären zu spielen.

Nun legitimierten mich meine Broschüre "Der Kampf um die Republik" und eine Anzahl von Artikeln über das Republikanisierungsproblem als eine Persönlichkeit, die sich niemals in die Parteischakone hineinlassen läßt. Als ehemaliger Führer der bayerischen und der konfessionellen Reichsbund-Bewegung und als Gründer so vieler Ortsgruppen im Norden und Süden des Reiches habe ich in unserer Wertheitlichkeit immer überparteilichkeit der Personalpolitik verlangt. Ich habe mich auch jederzeit, immer und außerhalb meines Amtes, gegen die Einmischung der Beamtenverbände in reine Spezial-Personalfragen gewandt. Damit kann ich jetzt, mit um so größerem Gewicht, feststellen, daß der Vorwurf der "Partei-Einge", welcher der Beigner-Liebmannschen Republikanisierungssaktion gemacht wird, zu Unrecht erhoben wird. Die Warnungen, die ich vor Monaten gegen eine Überspannung des Parteimäßigens in der Personalpolitik erhoben habe, gingen — wie jeder Einigkeitswillige weiß — gegen die "Rebengouvernierung" gewisser Beamtenverbände, die, seit dem Besiegen der Regierung Beigner-Liebmann, vor seinem Sabotage-Mit-zurückgeschreckt sind. Ich weiß aus meinen Vortragkreisen für den Republikanischen Reichsbund Sachsen, daß in einer großen Zahl von Städten und Amtshauptmannschaften die Arbeiterschaft als Bollwerke ihres politischen Königs sich Republikaner aller Parteien genommen hat, wenn sie als tüchtige Verwaltungskräfte und ehrenliche Staatsbürger bekannt waren. Um aus meinem eigenen Ressort Eingang herauszuholen, möchte ich feststellen, daß z. B. unter den im

August in Dresden besoldeten drei Polizei-Hauptleuten 1 Sozialdemokrat, 1 Demokrat und ein Partei-loser war. Am Tage vor meiner Amtseinführung durch General Müller lief weiterhin — unbedingt durch irgendwelchen Druck inner- oder außerhalb des Präsidiums Dresden — ein Befreiungsvorschlag aus mit folgendem Inhalt: Zum Polizei-Major: Ein parteiloser ehemaliger Armeo-Offizier; zu Polizei-Hauptleuten: Zwei parteilose ehemalige Armeo-Offiziere, 4 blaue Polizei-Offiziere, von denen 2 der S.P.D., 1 dem Zentrum nahe stand, und 1 Parteiloser. Es ist also eine üble Ver-

leumbung, daß in Sachsen lediglich das Parteiende und nicht die soziale und persönliche Tüchtigkeit maßgebend für den Aufstieg gewesen seien. Schon der Geburt des "Einheitsregierungsrates", der Präsident und ähnliche Ehrenzeichen haben allerdings bei der Bezeichnung der beruflichen Fähigkeiten keine Rolle gespielt.

Selbstverständlich sind da und dort manche Fehler vorgekommen. Das soll aber auch in Preußen und in anderen deutschen Staaten vorkommen, wo man sich, wie in Sachsen, nicht scheut, die gezogenen "Riten" wieder zurückzulegen. Ein parteiloser ehemaliger Armeo-Offizier; zu Polizei-Hauptleuten: Zwei parteilose ehemalige Armeo-Offiziere, 4 blaue Polizei-Offiziere, von denen 2 der S.P.D., 1 dem Zentrum nahe stand, und 1 Parteiloser. Es ist also eine üble Ver-

zusammen. Der neueste, von der Reaktion so schmerzlichste Vorstoß des Vorstandes der Ortsgruppe Dresden des Republikanischen Reichsbundes ist für Kenner der Verhältnisse nur zu verstehen als die Explosion einer Mine, die von einem Kreis von Unzufriedenen, ohne Wissen der Mitgliedschaft, erfolgt ist. Darüber aber wollen wir uns doch auch klar sein, daß die Bewegung des Republikanischen Reichsbundes nur dann fruchtbare Früchte bringt, wenn sie die Einwurzelung des republikanischen Gedankens im Volk und in seiner Verwaltung wünschen, wenn sie durch lebendige Fäden mit den Menschenwillen der republikanischen Parteien verbunden ist. Ein Kult heimatlicher Intellektueller wird niemals den Staat republikanisieren und die Kluft zwischen bürgerlichen und sozialistischen Republikanern schließen können. Die Partei, der wir die Treue gelebt haben, soll in der Gemeinschaft des Republikanischen Reichsbundes, in ihren überparteilichen Zielen lebendig werden, wenn diese Kampfgenossenschaft um die Republik den Vordenker Innenpolitik nicht unter den Füßen verliert will. Die eigene Partei darf aber dort nicht sabotiert und gedächelt werden!

Die im Republikanischen Reichsbund zusammengekommenen Verbände, vor allem unter republikanische Jugend, wird, trotz allen Vergewigungen des republikanischen Sachsen, in dem Glauben nicht irre werden, daß wir, die wir für eine Erneuerung des Geistes der deutschen Beamenschaft eintraten ohne Bindung an parteimäßige Schnüre und Korporationsidee, doch wohl gekämpft haben um Kampflos werden, den Weg zu weisen zu einer Zeit, in welcher der bedürftige Konservativen, der Burschenschaft und der Reserveoffizier selbst aus den Amtsstühlen der deutschen Republik verschwinden und neue Männer, vom Arbeitswillen und der Schaffenskraft der Arbeiter- und Handarbeiterchaft geprägt, die Schulen bestreiten von der dumpfen Lust der Bigotterie und des Gottesgnadentums, die Gerichte vom Hütte und Staatsanwalt der Wilhelmshafener Zeit, die Gebäude der Polizei und Wehrmacht von dem Flest der englischen Söldnerherrschaft, die, zum Hohn und Spott der deutschen Republik — wie es dort unten im Süden getan — den Eid auf die Verschaffung vereinen!

## Die Militärdiktatur in Thüringen.

Eine Deutschrift des thüringischen Staatsministeriums.

Weimar, 26. November.  
Ein Bild vom militärischen Ausnahmestand in Thüringen gibt eine Deutschrift, in der das thüringische Staatsministerium den Landtag auffordert das wesentliche Material unterbreitet. Hier findet sich alles, angefangen mit der Verordnung des Reichsvertrags, durch die, am 26. September, der militärische Ausnahmestand über das Reich verhängt wurde, bis zu einer Verordnung des Generalleutnants Häfner, des militärischen Beauftragten in Thüringen, in der dieser am 17. November, als erste Handlung nach Übertragung der vollziehenden Gewalt, gegen die Regierung anordnet, daß „die evangelischen Schüler und Schülerinnen aller thüringischen Schulen, die am Fasten- und Bettstag an dem während der Schulstunden abfallenden Gottesdienst teilnehmen wollen, schriftlich zu lassen sind.“ Denn, nach der Auffassung des Generals, „entspricht es dem religiösen Bedürfnis der evangelischen Bevölkerung Thüringens, am Fasching

## Die heiße Aufgabe der Militärkontrollkommission.

### Englische Richtlinien.

London, 25. November.

Der diplomatische Berichterstatter des "Observer" schreibt, es wird erwartet, daß die internationalen Militärkontrollkommission Anfang dieser Woche in Berlin zusammenentreten wird. Das britische Mitglied der Kommission Venham müsse in enger Führung mit dem Foreign Office bleiben, bei der heissen Arbeit der Wiederherstellung der militärischen Kontrolle über Deutschland, dessen künftige Lage nicht vorausgesesehen werden könne.

Die Politik, die er durchzuführen hat und wegen der er in enger Führung mit Lord Curzon steht, beweist sicherstellen, daß kein Versuch gemacht werde, eine Kontrolle in Teilen Deutschlands auszuüben, wo augenblicklich die Berliner Regierung keinen wirklichen Autorität ausüben könnte. Nach britischer Ansicht würde es ein Hohn sein, Annahme von Deutschland zu fordern und dann seine Rücksättigung als Bezug anzusehen.

### Der Fortbestand der Reparations-kommission nicht sichergestellt.

Paris, 25. November.

Der "Matin" schreibt, daß die deutsche Regierung, die nach dem Friedensvertrag für den Unterhalt der Reparationskommission sorgen müsse, bis zum Monat Juli ihre Verpflichtungen nach dieser Richtung erfüllt habe. Seitdem aber sei trotz wiederholter Forderungen die fällige Summe nicht gezahlt worden. Die Republik habe deshalb die notwendigen Summen für die Bezahlung der Beamten aus einem Reservesfonds genommen, dessen Höhe 25 Millionen Franken betrachten. Diese Summe genüge, um bis zum 31. Januar die dringendsten Ausgaben zu decken.

Selbst wenn man einen starken Prozentsatz des Personals entlässe, könne man den Fortbestand der Republik nur für zwei bis drei Monate sicherstellen.

Ministerpräsident Poincaré hatte heute eine längere Unterredung mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou. Aus einer Mitteilung des "Matin" erzieht man, daß über das deutsche Gespräch beraten wurde, das Staatssekretär Barthou über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands vor der Republik gegeben hat. Außerdem ist über den vorgestern abgeschlossenen Düsseldorfer Lieferungsvertrag verhandelt worden, dessen Artikel 17 vorschreibt,

dass die Republik über den Ertrag der Steuern und die Rückzahlung der Bezahlungskosten zu entscheiden haben wird. Nach dem "Tempo" sei nun zu bestimmen, ob diese Ermächtigung der Kompetenz der Regierung untersteht oder von den alliierten Regierungen selbst geregelt werden muß.

### Eine deutsche Note an Belgien.

Brüssel, 25. November.

Der deutsche Gesandtschafter überreichte gestern vormittag dem Minister des Äußeren, Gaspar, eine Note, die ausführliche Darlegungen zu den belgischen technischen Studien enthält, und erklärte, seine Regierung sei bereit, die Errichtung des Reparationsproblems auf der Grundlage dieser Studien fortzusetzen. Die belgische Regierung wird diese neue Note der Reparationskommission übermitteln, die bestimmt gegenwärtig die im letzten Grundsatzvertrag den belgischen technischen Studien prüft.

### Südostslawien zur Reparationsfrage.

Belgrad, 25. November.

Die regierungsoffizielle "Samouprava" untersieht heute die Reparationsfrage einer eingehenden Würdigung und gibt den Standpunkt der südostslawischen Regierung wieder. Gründlich, sagt der Artikel, gebiete nicht nur das wirtschaftliche Interesse Südostslawien, sondern auch der gesamte politische Zustand Europas, daß das ganze Reparationsproblem endlich endgültig geregelt werde. Aber die noch engstänkten Differenzen zwischen den Großmächten liegen heute wenigstens die Schaffung eines Übergangsstaates und eine zeitliche Lösung zu, die auf die Art herabgedrückt werden kann. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands Rücksicht nahm und die Gesamtsumme der Reparationsforderungen und die Lösung des internationalen Schuldensproblems wie schon im März 1922 nicht berührte. Es wäre auch interessant, zu hören, welche Vorschläge Deutschland selbst machen könnte, welche Südstaaten teilweise hinsichtlich des Gesamtbetrages der Reparationen und der Frage der internationalen Schulden den französischen Standpunkt, hinsichtlich der Fortsetzung der Säumierungen aber, womit auch die deutsche Industrie und das Gewerbe unterdrückt würden, die italienische Meinung. Der Artikel unterstreicht wiederholte, es sei Rücksicht auf die heutige wirtschaftliche Lage Deutschlands zu nehmen, und man müsse Deutschland Unterstützung zur Sanierung seiner Wirtschaft gewähren.

## Marxismus.

Deutschnationale Männer und deutschvolksparteiische Streitkämpfer machen heute im "Marxismus". Die Deutschvölkische Straße schreibt sich "jüdischen Marxismus". Der jüdische Marxismus ist zum gescheiterten Wort geworden, und doch weiß kaum einer, der den Marxismus im Munde führt, diesen zu definieren.

Der Marxismus soll "jüdisch" sein. Dabei erläuterte schon 1845 Karl Marx, wie P. Kämpfer in einer zeitgemäßen gedruckten Studie "Jüdischer Marxismus" (Dietz-Verlag, Berlin) nachweist, dem "praktischen, realen Judentum" den Krieg und beschwore eine Gesellschaftsorganisation, die mit dem Schachter, zugleich den jüdischen Schachtern um möglichst macht.

Der Marxismus ist nicht eine Erfindung des jüdischen Geistes, er ist, in seiner Bezeichnung und Forschungsmethode, stets vom preußischen Staatsphilosophen Hegel bestimmt worden. Die erste feste Form des Marxismus tritt in der "Pogge der arbeitenden Klasse in England" von Friedrich Engels auf. Dieser aber entstammt einer jüdischen Fabrikantenfamilie. Schon 1845 stellt sich der Marxismus als ein gesellschaftswissenschaftliches und nationalökonomisches System dar. Die sogenannten jüdischen, marxistischen Theorien von den sozialen Klassen und vom Staatstaat finden sich schon in den Patriotischen Phantasien des konservativen Standesmanns Justus Möser. Diese Theorien sind wahrlich keine jüdisch-marxistische Erfindung.

Der Marxismus hat monochromatische Körperschaften erzeugt — selbst von der Hand von Karl Marx. Man vergleiche nur sein "Kommunistisches Manifest" mit seiner "Inauguralrede" an die Internationale. In Deutschland ist der Marxismus durch die revolutionäre Bewegung gegangen, und in Österreich gab der sogenannte "Austromarxismus" dem Marxisten System manche eigenartige Textur und Gestaltung. Der Marxismus ist ein in letzter

Umbildung begriffenes nationalökonomisches und soziologisches System.

Tos Weiden der sozialistischen Massenparteien sieht erst nach dem Tode von Karl Marx ein. Seit dem Tode dieses großen Sozialisten änderten sich wesentlich die Wirtschafts- und Klassenhierarchien und damit auch die theoretischen und praktischen Programme der Arbeiterklasse.

Der Marxismus ist als wissenschaftliches System weder schwärmerisch noch blau-weiß-rot. Aber die Anhänger dieses Systems sind gute Deutsche und gute Franzosen gewesen. Marx arbeitete 1848/49 an der Gestaltung eines demokratischen Groß-Deutschlands, Engels indet in schroffer Form die Überfälle Frankreichs in der Rheinlandfrage, und Marx warnte Deutschland vor der Annexion Elsaß-Lothringens, da diese einen Weltkrieg entzünden würde.

Der Marxismus ist weder sozialistisch noch deutsch.

Die Konzerte der vergangenen Woche darf der Violin-Abend Jan Dohmen nicht unerwähnt bleiben. Der holländische Geiger hat sich in hohem Grade die Kunst des musikalischen Ausdrucks zu einem Meisterstück gemacht. Er ist ungemein eine künstlerische Persönlichkeit. Sicher gründete sich sein schnell gewonnener Ruf auf seine Tätigkeit als Konzertmeister der Philharmoniker wie als Führer des Dresdner Streichquartetts. Jetzt verlegt er sich anscheinend ausschließlich auf sein Wirken als Solist, und da wurde denn zunächst bemerkt, daß er diesmal keine Solo-Weise spielte, anscheinend vielmehr ein aktiverisches Instrument. Unter seinen Darbietungen stand mir ebenso die Wiedergabe des Deutschen Violin-Konzerts die, nach jeder Wiedergabe, eine Leistung allerersten Ranges war (am Kloster Wilhelm Scholz).

Der Rhythmus des Werkes und das musikalische

Temperament Dahmens summten wunderbar über ein. Die technischen Schwierigkeiten fielen für ihn nicht ins Gewicht, wie er auch die Bachsche G-moll-(Solo)-Sonate mit einer Billanz spielte, die hinreichend empfunden wurde. Diesem zweiten Violin-Abend wird Dahmen im Januar noch einen dritten folgen lassen. Seinen Wohnsitz hat der Künstler nach wie vor in Dresden. O. S.

**Berichsabend.** (Franz Wagner, Rudolf Bärlich, Georg Wille.) Drei Träger im musikalischen Leben unserer Stadt ihres festbegründeten Rufes sich erfreuen können, die sich gelöst im Palmengartenzaale zusammengefunden hatten. Und zwar in Anton Beethoven, dessen Zugkraft sich wieder von neuem bewährt. So war eigentlich also auch der Abend der Kult entzündt. Die Herren bezahlten mit dem ersten der beiden Klaviertrios op. 70, dem in D-Dur mit dem aus der ersten Zeit der Beethoven-Eckmanns, der Zeit der jungen Romantik, kommenden Bezeichnung "Geister" — oder wohl auch "Fledermaus" —. Sie bezeichnet sich natürlich auf den langen Mittelsatz (Varso), der allerdings wie ein "Nachschuß" in E-Th. A. Hoffmann anmutet. Dem brillant gespielten Presto-Finale folgten die Variationen (G-dur) op. 121a über das auf diesem Wege unbedeutlich gewordene Gedanken Wenzel Müller's "Ich bin der Schneider Astabu", die selber, wie ihre Wiedergabe, flämischen Weißt aufwiesen. Der Klarinettist dieser an seinen Jürgen reichen Variationen liegt in der Art und Weise, wie sich der "leichte Beethoven" mit dem Thema musikalisch auseinandersetzt, teils mit Humor und Wit, teils mit Sang und Feuer. Und oft auch wieder mit witzlichem Ernst. Das B-Dur-Trio op. 97, ein in seinem Erfindungs- und Gefühlungsreichum mit Recht erklärter Meister aller Musikkunst, gab die wunderbare Krönung des Abends, der für die in ihrem künstlerischen Vermögen, wie gesagt, begabtesten Herren einen vollen Erfolg bedeutete. O. S.

**Orpheus-Konzert.** Der Männergesangverein Dresdenner Orpheus (gegr. 1834) hat von je innigen Beziehungen zu Robert Wohlmann unter-

halten. Mit einem seiner schwersten und kompliziertesten Chöre, dem "Gewittersturm", errang die Sängerschaft beim Preiszingen höchste Würde 1901 in Dresden den ersten Preis. So beginnend man denn auch am Sonnabend im Gewerbehause zunächst eine musikalische Feier für den 40. Todestag des berühmten Tonköchischen, der am 30. 10. 1883 starb. Der "Alteutsche Hymnus", in Dresden bisher noch unbekannt, stellt mit dem achttümigen Doppelchor in der Harmonisierung und rhythmischen Gestaltung große Anforderungen, die jedoch unter Heinrich Knöll ausgefüllt werden. Im Knöll besitzt der Verein überhaupt einen Meister von vierzehn Jahren Bildung und einen treuen Dienstleiter, der Bigotter und des Gottesgnadentums, die Gerichte vom Hütte und Staatsanwalt der Wilhelmshafener Zeit, die Gebäude der Polizei und Wehrmacht von dem Flest der englischen Söldnerherrschaft, die zum Hohn und Spott der deutschen Republik — wie es dort unten im Süden getan — den Eid auf die Verschaffung vereinen!

SLUB  
Wir führen Wissen.

den Gottsdienst zu besuchen". Es ist das auch eine Art, die weigervorsteuer Autorität des Staates und der Regierung zu haben, indem man auf diese Weise gesetzmäßige Anordnungen einer Landesregierung außer Kraft setzt.

Zum Abreisen bietet die Zeitung auch sonstiges Material zur Beurteilung der Zustände, die sich unter dem militärischen Ausnahmestand und nach dem Stimmzug der Reichswehr, in Thüringen herausgebildet haben, und des Verhältnisses zwischen verfassungsmäßiger Landesgewalt und immer stärker eingesetzter Militärmasse. Dabei hatte der Wehrkreiskommandeur ausdrücklich bestimmt, daß sämtliche Behörden in ihrer Tätigkeit bleiben und der Gang der Verwaltung unverändert bleibt. Ein gleichzeitig ergangener Aufforderung der Regierung an die Bevölkerung, sich nicht zu unüberlegten Handlungen verleiten zu lassen, sondern ruhige und klare Überlegung zu gewähren und in allen Lagen streng den Weisungen der durch Verfassung und Gesetz bestimmten Behörden des Reiches und des Landes zu folgen, hatte die Wichtigkeit, daß selbst keine unerlaubten Einnahmen der Reichswehr in Nordthüringen — Gott an der Südgrenze — seine demokratischen Zügelhosen sich erneut. Dennoch machten sich die militärischen Unterstreichhöfe, so vor allem der Wehrkreisbehörde Eisenach, Rechte zu Verfassungs- und Zeitungsverböten an, die von der Staatsregierung nur als schwere Übergriffe empfunden werden konnten.

Aber das Treiben der

#### rechtsradikalen Organisationen

an der bayerisch-thüringischen Grenze hat das thüringische Staatsministerium am 21. Oktober beim Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und Reichskommunismusminister telegraphisch Verhältnisse erhoben und dem Reichspräsidenten anheimgeheftet, den Schutz der thüringischen Grenze dem Reich zu überlassen. Diesen Stellen sowie dem Reichswehrminister und dem Wehrkreiskommandeur ging gleichzeitig ausführliches Material zu, das die Meldungen des an der jüdisch-thüringischen Grenze eingesetzten Grenzschutzes sowie der Gendarmeriesachen enthielt. Dieses Material bestätigt nicht nur die vor wenigen Wochen von uns gemeldeten unahbarbaren Zustände, sondern ergänzt sie noch. So wenn man aus den Meldungen erfährt, daß Ende Oktober, dicht an der thüringischen Grenze, je zwei Geschütze bei Burggrub, Sonnenberg, Eisheim, Weihenraun und Thallau und drei Geschütze bei Felsheim standen, während gleichzeitig in Heiligendorf am Sonntag Artillerie eingesetzt und zuvor zwei Feldgeschütze mit 80 Tonnen Munition, zwei Minenwerfern und drei Maschinengewehren bei einem Gußdorfer Kubus untergebracht wurden. Interessant ist auch der Zahltitel telefonischen Mitteilung des Kreisdirektors in Sonnenberg an den Staatsminister freilich vom 6. November. Danach waren in jenen Tagen Hunderte von Flüchtlingen über die bayerische Grenze, Lebensmittel wurden von Bayern nach Sonnenberg nicht mehr durchgelassen, Karossen aus Pommern, für Sonnenberg bestimmt, beschlagnahmt, ebenso Vieh und Wurst für den Konsumverein.

Alle diese Übergriffe auf bayerischer Seite haben aber wieder die Regierung Stresemann noch den Reichswehrminister veranlaßt, die Reichswehr in die wirklich gefährdeten Zone Thüringens an der Südgrenze vorzuschicken.

## Berg und Ziele des bayerischen Separatismus.

München, 25. November.

#### Habamtlich wird bekanntgegeben:

Die Mitteilungen, die die Bayerische Volkspartei auf eine föderalistische Umgestaltung der Reichsverfassung im Reichstage einbrachte, bedeuten den ersten Schritt zur Verwirklichung der verfassungspolitischen Ziele, die hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Bayern und dem Reich von der bayerischen Regierung und den Koalitionsparteien in Aussicht genommen sind. Die bayerische Regierung bereitet eine Parallelaktion vor, mit der an die neue Reichsregierung herangetreten wird, sobald diese gebildet sein wird.

#### Der unbequeme Generalstaatskommisar:

##### Der Kampf um die bayerische Regierungsgewalt.

München, 25. November.

Der alte Kampf zwischen der bayerischen Regierung und dem Generalstaatskommisariat scheint langsam in ein grundlegendes Stadium zu kommen. Verlossenheit dazu gibt die Häufung der

##### Eingriffe Kahr's

in die Besitzungen und den Verwaltungsbereich der einzelnen Ministerien, während seine eigentliche Tätigkeit nur in der Ausübung der staatlichen Gewalt zu suchen ist. In allen bisherigen Konflikten hat der Generalstaatskommisar seinen Willen durchgesetzt, sei es auch nur in Kompromissen; denn diese sind stets zu dreiviertel auf Kosten der Regierung gegangen. Es ist kein Geheimnis, daß die bayerische Regierung sehr wohl dafür zu haben ist, dem Reich das Recht zur Erreichung und Aburteilung der Hochverräte vom 8. November zuzuerkennen. Noch haben u. W. zwischen Berlin und München keine Verhandlungen in dieser Sache stattgefunden. Zugleich oder gerade deswegen hält es das Generalstaatskommisariat für notwendig, folgende Bekanntmachung zu erlassen:

"Gegenüber Gerüchten wird festgestellt, daß das Versfahren wegen der Vorfälle am 8. und 9. November bereits bei den bayerischen Justizbehörden anhängig ist. Eine Auslieferung der Beteiligten an den Staatsgerichtshof der Republik kommt nicht in Frage."

Wie diese Frage schließlich auch entschieden wird, man darf annehmen, daß Böhner, Roth und Frick auch vor einem bayerischen Gericht eingeknickt den Wahnsinn die Ehre geben werden. Politisch von Bedeutung ist aber, daß das absolutistische Regiment Kahr's auch denen immer unwidrigster wird, welche die eigentliche politische Macht in Bayern, wenn z. B. auch nicht die Macht der Maschinengewehre, in Händen haben: der Bayerischen Volkspartei.

Schon nimmt das Organ ihres mächtigsten Führers Held, der "Regensburger Anzeiger", Stellung gegen die Diktatur des Generalstaatskommisars, indem das Blatt schreibt:

"Es mag auch einmal deutlich gesagt werden, daß es ein schwerer staatsrechtlicher Irrtum ist, den so viele erst zu nehmende Männer teilen, glauben, Herr v. Kahr sei die bayerische Staatsregierung oder verkörpert sie. Bayerische Staatsregierung ist das Ministerium Knilling und sonst niemand,

und diese Staatsregierung, das Gesamtministerium, hat in verfassungsmäßiger Form einen Generalstaatskommisar aufgestellt und ihm bestimmte Aufgaben delegiert. Nicht kost eigenen Rechts, nicht kost eigenen Namens antwortet Herr v. Kahr, sondern weil ihm seine Gewalt durch die verfassungsmäßige Gewalt, durch die Staatsregierung, rechtmäßig übertragen worden ist. Auch alles, was weiter zu geschehen hat, hat sich verfassungsmäßig zu vollziehen. Jede andere Entwicklung wäre ungesehlich und darum grundsätzlich zu verwerfen.

Kahr wurde bewusst, um die Hitzegefahr zu bannen. Das Experiment aber, den Teufel mit dem Beil zum Ausstreichen, hat, wie das neueste Beispiel zeigt, stets bedeutsame Folgen. Die Entschließung der Bayerischen Volkspartei wird kaum eine praktische Bedeutung haben.

#### Videant consules!

##### Die neue Hitler-Offensive.

München, 25. November.

Die "Bayerische Volkspartei-Korrespondenz" führt in ihrer letzten Nummer lebhaft Klage darüber, daß die vielen Anordnungen des Generalstaatskommisars schlecht oder gar nicht durchgeführt werden. Besonders in Nordbayern seien die Nationalsozialisten nach wie vor sehr tätig. „Und die Tinge“, so führt die Korrespondenz fort, „die man sieht und hört, wenn man in die Umgebung Münchens hinausgeht, sind nicht dazu angelegt, um über die Taktik des Polizeipappates in Bewunderung zu geraten. Das Wesen, das hier herrscht, noch immer treiben kann, sieht gar nicht so aus, als ob eine Stärkung der Staatsautorität tatsächlich eingetreten ist. Videant consules!“

Gegenüber Gerüchten wird festgestellt, daß das Versfahren wegen der Vorfälle am 8. und 9. November bereits bei den bayerischen Justizbehörden anhängig ist. Eine Auslieferung der Beteiligten an den Staatsgerichtshof der Republik kommt nicht in Frage."

Wie diese Frage schließlich auch entschieden wird, man darf annehmen, daß Böhner, Roth und Frick auch vor einem bayerischen Gericht eingeknickt den Wahnsinn die Ehre geben werden. Politisch von Bedeutung ist aber, daß das absolutistische Regiment Kahr's auch denen immer unwidrigster wird, welche die eigentliche politische Macht in Bayern, wenn z. B. auch nicht die Macht der Maschinengewehre, in Händen haben: der

**Bayerischen Volkspartei.**

Schon nimmt das Organ ihres mächtigsten Führers Held, der "Regensburger Anzeiger", Stellung gegen die Diktatur des Generalstaatskommisars, indem das Blatt schreibt:

"Es mag auch einmal deutlich gesagt werden, daß es ein schwerer staatsrechtlicher Irrtum ist, den so viele erst zu nehmende Männer teilen, glauben, Herr v. Kahr sei die bayerische Staatsregierung oder verkörpert sie. Bayerische Staatsregierung ist das Ministerium Knilling und sonst niemand,

#### Beurteilung der Vorgänge um den 8. November

herum bildet, erhält man die Gewissheit, daß der jetzige „Oberbayer“ nichts anderes ist, als eine Fortsetzung des verbündeten Kampfbund-Dogans „Heimatland“. In den Straßen Münchens findet das Blatt starken Absatz, wenigstens in den ersten Tagen der Woche. Abgesehen von der persönlichen Verunglimpfung Raths und Löffels handelt es sich bei den Artikeln des Blattes um eine sachliche Richtigstellung der Behauptungen, mit denen nicht seine Haltung verteidigt. Sie werden als Lüge und Unwahrheit gekennzeichnet. An der Spitze der Doppelnummer vom Freitag-Samstag bringt das Blatt folgende sensationelle Feststellung:

"Herr v. Kahr ließ durch die Presse erklären, er habe Hitler und Lubendorf nur unter dem Druck der Pöbel sein Ehrenwort gegeben. Dem widerspricht aber folgende authentische Tatsache:

"Am Donnerstag nachts um 11 Uhr, also nach der „Pöbelkommödie“ im Bürgerbräukeller, als Herr v. Kahr wieder seine volldiäre Entschließungsfreiheit hatte, befahlte er Böhner zusammen mit Oberstmann Freile im Generalstaatskommisariat. Dabei erklärte ihm Herr v. Kahr, es freue ihn, daß die Sache so gegangen sei. Alles, was zwischen ihnen gestanden, sei nun befeiligt, und sie würden in Zukunft vereinzelt voneinander zusammenarbeiten. Bei dieser Gelegenheit verpflichtete Herr v. Kahr den Oberstmann Freile zum Polizeipräsidenten von München. Diese Tatsache ist protokollarisch niedergelegt, an ihr also nicht zu zweifeln. Vielleicht erhält das Böhrchen Kahr's dadurch einiges Licht, doch unmittelbar vor dem Besuch Böhners und Freiles, der Ausläufer Maut bei Herrn v. Kahr vorschreibt."

Man darf gespannt sein, auf welche Weise Herr v. Kahr sich gegen diese gefährliche Unterordnung seiner Autorität wenden wird. In der letzten Montag-Nummer des Blattes wird übrigens dem bayerischen Triumvirat folgender Rat erteilt:

"Militärisch den Herren v. Kahr, v. Löffel und v. Seizer, Bericht des ersten, sich führend in die nationale Bewegung zu stellen. Söhne der beiden Letzteren, sei es durch Freitod oder durch Ableserung ihres Todes."

Diejenigen Herren vom „Oberbayer“ waren nicht immer schlechte Propheten; immerhin werden sie sich bis zur Erfüllung ihres Wunsches wohl noch einige Zeit gedulden müssen.

#### Das Düsseldorfer Abkommen.

Düsseldorf, 26. November.

Das zwischen Wicum und dem Bergbauverein vereinbarte Provisorium verpflichtet nach französischer Darstellung die Ruhrindustrie zur Zahlung einer Pauschalholzsteuer für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. November 1923 in Höhe von 15 Mill. Toll. = 279 Mill. Francs. Dazu kommt für die Zukunft eine Abgabe von 10 Francs für die Tonne. Abzuliefern sind 18 Proz. der Nettoproduktion. Die am 1. Oktober vorhandenen Bestände bleiben Eigentum der Besatzungsbeförde, während das System der Ausfuhrbewilligungen beibehalten wird. Nach Rüttelung von deutscher Seite sind die Bedürfe mit Ausnahme der Kohle freigegeben worden. Jedoch in der Export nur nach Zahlung der rückständigen Steuern und auf Grund von Ausfuhrizenzen erlaubt.

**Neues aus Dörfeljewitsch Koschisch.** Eine jugoslawische Dörfeljewitsch-Koschisch hat in Jugland erst in den Kriegsjahren eingesetzt, und auch der Nachlass der Wines wird sich jetzt der Bücherei erschließen. Weitere Sicherungen versucht man durch besondere Drucktechnik. Da den Fälschern der Sicherheitsdruck meist zu neuem ist, beweisen sie Fälschtechniken, welche die Farbsicht überall höchst stark anstrengen. Die Drucktechnik wird noch dadurch schwieriger, daß man von zwei oder mehr Platten druckt und eine Unterdruckplatte als sog. Guillotine-Platte herstellt, die als Unterdruck unter die Zeichenplatte gebracht wird, wo dann der sparsame Geschäftsmann nicht die Möglichkeit hat, das Wasserzeichen gegen helles Licht zu betrachten. Weitere Sicherungen versucht man durch besondere Drucktechnik. Da den Fälschern der Sicherheitsdruck meist zu neuem ist, beweisen sie Fälschtechniken, welche die Farbsicht überall höchst stark anstrengen. Die Drucktechnik wird noch dadurch schwieriger, daß man von zwei oder mehr Platten druckt und eine Unterdruckplatte als sog. Guillotine-Platte herstellt, die als Unterdruck unter die Zeichenplatte gebracht wird. Der Fälscher aber, der sich solche Unterdruckplatten photographisch herstellen kann, überwindet leicht diese Schwierigkeit. Hier liegt der Sicherheitsdruck ein, dessen Verwendung die Fälschungen dieses Blattes, das für den Politiker eine unschätzbare und nicht entbehrliche Handgrube zur

daher dazu über, ganze bildliche Darstellungen als Musterung im Papier anzubringen. Die Fälscher ahnen nun auch das Wasserzeichen durch Trockenpressung oder Feuerdruck nach, und wenn es ihnen auch nicht gelingt, den Kunden zu täuschen, so lassen sich doch viele hineinlegen, zumal das falsche Papiergeld meist in den Tämmersfunden in dummen Läden in Umlauf gebracht wird, wo dann der sparsame Geschäftsmann nicht die Möglichkeit hat, das Wasserzeichen gegen helles Licht zu betrachten. Weitere Sicherungen versucht man durch besondere Drucktechnik. Da den Fälschern der Sicherheitsdruck meist zu neuem ist, beweisen sie Fälschtechniken, welche die Farbsicht überall höchst stark anstrengen. Die Drucktechnik wird noch dadurch schwieriger, daß man von zwei oder mehr Platten druckt und eine Unterdruckplatte als sog. Guillotine-Platte herstellt, die als Unterdruck unter die Zeichenplatte gebracht wird. Der Fälscher aber, der sich solche Unterdruckplatten photographisch herstellen kann, überwindet leicht diese Schwierigkeit. Hier liegt der Sicherheitsdruck ein, dessen Verwendung die Fälschungen dieses Blattes, das für den Politiker eine unschätzbare und nicht entbehrliche Handgrube zur

**Das 13. Deutsche Sachfest.** findet vom 28. bis 30. Juni u. 1. J. in Stuttgart statt. Als Dirigenten sind in Aussicht genommen: Generalmusikdirektor Prof. K. Leonhardt-Stuttgart und Prof. Otto Richter-Dresden.

**Cäcilie'sche Staatsbühne Opernhaus Wilmersdorf, 26. November.** "Die Höhle von Salomonca" mit Tröhne, Röhl, Schaus, Grimaldi, Lange, Stegemann, Sonnenrath, Geheimnis mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Schauspieler: Röhl. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl, Grimaldi, Oda Endo, Reinhold, Weber, Wirth, Müller, Wallen, Bonita, Jenny, Schofer und Schröder in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wirth. Anfang: 1/2 Uhr.

**Ein Spielbund.** Dienstag, 27. November, 1928. "Die Höhle von Salomonca" mit Schramm, Röhl

Die Kohlenabgabe erhöht sich um 2 Proz. für Bedürfnisse der Bevölkerung und um 5 Proz. für die nationalen Reparationen, sodass in Wirklichkeit 25 Proz. der Förderung abzusehen sind. Das Protokollum stellt einen Mantelvertrag dar. Durch ihn wird mittels besonderer Abmachungen das Soll der einzelnen Zeichen festgesetzt und jede Zeche für ihre Lieferung haftbar gemacht. Wird die Lieferung nicht erfüllt, so treten gewisse Strafen in Kraft. Sie kommen aber nicht in Frage, wenn unverhinderte Rücksichtnahme vorliegt. Die Regie kann 15 Proz. der Förderung absehn. Der Preis für die Regelkohle unterliegt freier Vereinbarung, er wird, wenn Differenzen entstehen, durch die Regie festgesetzt. Die beschlagnahmten Zeichen werden zurückgegeben. Über Lieferung von Kohlenrestillationsprodukten soll noch verhandelt werden. Wie wir erfahren, sind ähnliche Verträge, wie sie in der chemischen Industrie abgeschlossen worden sind, vorgesehen. Die beiden Hauptstreitpunkte, die Bezahlung der Frankfurter Fracht an die Regie und die Buchung der Reparationskohle haben eine hinhaltende Erledigung gefunden. Die Regie verzichtet gegenüber den Zeichen auf Bezahlung der Fracht und übernimmt sie den Transport ab Zeche. Die Buchung der Naturlastlieferungen wird im Protokollum mit "Echo de Paris" hat in Paris eine Besprechung stattgefunden, an der Poincaré und der Leiter des Micum teilgenommen haben. Sie hatte das Ergebnis gehabt, dass sich die französische Regierung das Recht vorbehalten habe, die Frage direkt mit der Reparationskommission zu regeln.

Das Aufproboktorium stellt eine ungeheure Belastung der Außenwirtschaft dar. Sie wird sich zuerst für die deutsche Gesamtirtschaft in der Verknappung der Brennstoffe und der Zollbelastung für metallurgische und andere Erzeugnisse aus dem Ruhrgebiet äußern. Damit ist durch das Protokollum Deutschlands wichtigste Wirtschafts- und Rohstoffquelle vollpolitisch und durch die wesentlich andere Struktur der Preisbildung und der Beschaffungskosten von den Städten der Bergbau- und Eisenindustrie getrennt. Eine Verkürzung wesentlicher Teile der Rohrindustrie ist voranzusehen.

### Eine neue Phase der separatistischen Bewegung.

Ludwigshafen, 25. November.

Der Einmarsch der Separatisten in Ludwigshafen bedeutet eine neue Phase der separatistischen Bewegung. Es ist ohne Frage richtig, dass die rheinische Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit die Loslösungsbemühungen nicht teilt und dass sie, wo ihr dazu die Möglichkeit geboten ist, sich auch energetisch zur Wehr setzt. Aber entscheidend kann diese Abwehr leider solange nicht sein, solange die Franzosen offen und geheim den Separatisten Schuh gewähren. Denn nicht auf die Stimme der Bevölkerung kommt es an, sondern auf die tatsächliche Machtpartition. Seit der Aufgabe des passiven Widerstandes ist die wirtschaftliche Not in den betroffenen Gebieten aufs höchste gestiegen. Sie frischt an den seelischen Kräften der Bevölkerung und lähmt ihre Widerstandskraft. Dazu kommt der stete Druck der französischen Behörden auf alle die Schichten, die ihre Reichstreue irgendwie zu erkennen geben. Ist es doch schon sowohl gekommen, dass den Separatistenschriften von den Franzosen die Ausweisungsbefugnis entzogen wurde, von der ausgiebigster Gebrauch gemacht wurde. Hierzu kommt noch, dass die innerpolitischen Vorgänge im Reiche in den betroffenen Gebieten ganz anders beurteilt werden als im unbetroffenen. Die innerpolitischen Wirken werden von den Franzosen und Separatisten dazu benutzt, um den völligen Zerfall des Deutschen Reiches in Aussicht zu stellen. Jede einzelne Möglichkeit, solche Gerüchte nachzuprüfen, gibt es für die Mehrheit des betroffenen Gebietes nicht, da Pressefreiheit nach wie vor nicht besteht. In diesem Zusammenhang genommen, gewinnen also die Vorgänge in Ludwigshafen ein anderes Aussehen und haben mehr als nur lokale Bedeutung.

### Hoover gegen eine Hilfsaktion für Deutschland.

Berlin, 25. November.

Der amerikanische Handelssekretär Hoover war mit der Prüfung der deutschen Ernährungsfrage betraut, da die Macht bestand, Deutschlands Ernährung entweder mit großen Geldmitteln zum Aukauf von Lebensmitteln in den an Deutschland angrenzenden Ländern, oder mit Lebensmittelsummungen in Amerika zu Hilfe zu kommen. Hoover erklärt jedoch jetzt, wie die Auslandspressen, z. B. auch der "Matin" berichten, dass er nach eingehender Prüfung der Verhältnisse von einer Hilfe Amerikas abratte müssen. Denn, so sagt er, die deutsche Kneipe war in diesem Jahr eine gute Mittlerin. Es gibt genügend Vieh und es ist auch kein Mangel an Vorräten aller Art, insbesondere an Kartoffeln.

Es herrscht nur darum Mangel, weil diejenigen Kreise der Bevölkerung, die nur zu allzu hohen Preisen an die notleidende Bevölkerung abgeben. Wenn aber die Deutschen selbst, die ihren eigenen Vollzogenen helfen

können, diese hungern lassen, weil sie viel Geld verdienen wollen, welche Veranlassung haben dann wir Amerikaner, den Deutschen beizuspringen? Wenn tatsächlicher Nahrungsmittelmangel in Deutschland herrschen würde, müssten wir diesem Lande natürlich beitreten, aber wir denken nicht daran, in Amerika Millionen von Dollars zu sammeln, wenn die deutschen Handwirte nicht das Zeige tun wollen, um der Bevölkerung zu helfen."

### Der Kampf gegen die Arbeiterorganisationen in Österreich.

Wien, 25. November.

Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie drohen sich zu einer großen Industriekrise zu erweitern. Die Unternehmer holen offenbar zu einem entscheidenden Schlag gegen die Organisationen aus. Richtig ist, dass die unmittelbar nach Kriegsende notwendig gewordene vollständige Ablehnung der Grundsätze der Entlohnung nach der Leistung unerträgliche Zustände geschaffen hat und das gebrachte die beschäftigten Arbeiter und die Beamten in verantwortungsvoller Stellung beim Staat und in der Privatindustrie absolut und auch im Verhältnis zu den ungeliebten Arbeitern und den übrigen Beamtenrichtungen sehr schlecht entlohnt sind. Die Regelung soll aber allem Anschein nach dazu ausgenutzt werden, jedes allgemeine Vertragsverhältnis bei der Bevölkerung aufzuheben und dadurch die Kraft der Organisationen zu brechen. Angestellte und Arbeiter haben nach dem ersten Vermittlungsvorstand der Regierung ihre ursprüngliche Forderung nach gleichmäßiger prozentueller Erhöhung fallen gelassen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeworfen, aber die Angestellten in der ganzen elektrischen Industrie stehen bereits im Auslande, was die Unternehmer mit sofortiger Aussperrung der Arbeiter in den betreffenden Betrieben beantworten und so eine Einheitsfront der Kapital- und Handarbeiter geschaffen haben, wodurch die Lage noch verschärft wird.

Das zeitliche Zusammenfallen der Lohnverhandlungen in der Industrie mit jenen bei den Bundesangestellten und den Bahnhöfen verleiht der Frage zugleich einen politischen Charakter.

### Die „Affaire Beigner“.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in ihrer Nr. 870 vom 23. d. R.: Dr. Beigner ist heute früh in dem Leipziger Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Er ist vollständig zusammengebrochen. Die Verteidigung des chemischen Ministerpräsidenten haben die Rechtsanwälte Dr. Graf-Leipzig, Dr. Willy Hofmann und Justizrat Dr. Alsborg-Berlin übernommen. Wie von der Verteidigung mitgeteilt wird, fühlt sich die Anklage auf die Aussage eines gewissen Möbius, eines berüchtigten, stolzenkundeten und vorbestraften Individuums, das zu solchen Leuten, die wegen irgendwelcher Verfehlungen angeklagt waren, hingegangen ist und, unter der Vorstellung, er könne bei Beigner etwas erreichen, sich das Geld geben lassen. Möbius soll allerdings mehrfach von Beigner, der in der Erteilung von Unterredungen recht vorurteilslos gewesen zu sein scheint, vor gelassen worden sein, sich werkt lediglich als Billsteller für verschiedene Betriebsteile eingeschafft und dann später auch Beigner Geld gebeten haben. Beigner habe ihn darauf hinausgeworfen. Auch die Person des deutshochdeutschen Rechtsanwalts Melzer, der, auf Grund des Materials von Möbius, die Anzeige erstattet hat, wird als nicht ganz sauber bezeichnet. Melzer soll sogar schon unter Mordverdacht gestanden haben, das Verfahren aber, wegen Mangels an Beweisen, eingestellt worden sein.

Bemerkenswert ist eine Äußerung, die der zu

Beginn die Untersuchung leitende Leipziger

Staatsanwalt Friederick der Verteidiger Groß

gegenüber getan haben soll. In einer Unterredung habe er dem Verteidiger erklärt, die Angelegenheit komme ihm gerade recht als Schlag gegen die Republik. Diese Äußerung sei mit dazu die Veranlassung gewesen, dass die Untersuchung in die Hände des Oberstaatsanwalts gelegt worden sei. Wie die Verteidigung weiter mitteilt, wird man die Verteidigung so sehr wie möglich beschleunigen, sodass man mit dem Prozess schon in den nächsten Wochen rechnen können.

(N) In dem Dresdner Zeitungsblatt, der „Sächsischen Volkszeitung“, und im Berliner „Tag“ hat Herr Bruno Sydow, der sich seit langem in den Blättern der verschiedenen Parteitribünen, so auch in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und in der „Sächsischen Zeitung“, als der sturköpfigste Verbreiter der schlimmsten Taten-Nachrichten über Sachsen und der gütigsten Denotizen gegen die Regierung Sachsen beschuldigt hat, einen besonders niederschlägigen Artikel zum Fall „Beigner“ veröffentlicht. Er versucht darin die Anschuldigungen gegen Dr. Beigner, die vorher nur Anschuldigungen und noch durch nichts erwiesen sind, zu einem unheilvollen Zusammenbruch der Sozialdemokratie auszuschlagen. Das braucht nicht zufrieden genommen zu werden, da dieses Verfahren in den Augen jedes denkenden Menschen von selbst nicht richtig. Ebensoviel lohnt es sich, alle die Unrichtigkeiten, Entstellungen und Niederschläge, die der Herr über die Beamtenpolitik der sozialdemokratischen Regierung vorbringt, im einzelnen zu kennzeichnen. Angeprangt aber werden muss das Unterfangen des Sydow, die Sozialisten und Demokraten, die, unter Dr. Beigner als Justizminister und Ministerpräsident, in die sächsische Verwaltung berufen wurden, in Haushalt und Bogen und ohne jeden Versuch eines Beweises als Gründungskörper, als Rente ziemlich beträchtlichen Aufs hinzustellen, als

Menschen, die dem (angedlich) bestechlichen Dr. Beigner geflammungswärrend sind, deren Ehrenbild ernstlich brüchig geworden, und denen der Boden in ihrer Heimat etwas heilig unter den Füßen geworden war. Zu diesem Zusammenhange wird auch die heimliche Andeutung gemacht, Dr. Beigner sei „ja keine Einzelerscheinung, sondern nur eine besondere Deutsche — kann a. non loco — unter einer großen Anzahl seiner Artgenossen, und es kann mit Bestimmtheit schon heute gesagt werden, dass eine große Zahl weiterer Standale, allerdings wahrscheinlich nicht von diesem Riesen-ausmaß, folgen werden“.

Die sächsische Regierung, die ein Interesse an der Integrität ihrer Beamten hat, und die einer solchen Pauschal-Verdächtigung eines erheblichen Teils der Beamenschaft nicht füllschweigend zwischen kann, fordert Herrn Bruno Sydow, der die Behauptungen in seinem Artikel „mit Bestimmtheit“ ausspielt, hiermit auf, seine Pauschal-Verdächtigung zu substantiierten, die Namen derjenigen Beamten zu nennen, auf die seine Behauptungen zutreffen sollen. Tut Herr Bruno Sydow das nicht, so ist er vor aller Welt als ein gewissenloser Ehrabschneider gekennzeichnet.

### Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

**Sächsisches Gesetzblatt.** Die unter dem 22. Nov. ausgegebene Nr. 53 enthält: Bdg. über die vorübergehende Einstellung der Lieferung von Stempelmarken; 7. Bdg. über die Anpassung der Schlachtkneuer an den Geldwert; 8. Änderung des Ges. über die Besserung der wichtshalb. Verhältnisse der Händlern; Änderung der Aufs.-Bdg. zum Allg. Vergesetz; sowie Bdg. über die Erhöhung der Hundekneuer.

### Dresden.

**Landeschule.** Einen äußerst lehrreichen Vortrag über Deutsch-Südwafafas ist bei Studenten Dr. Kierich. Nach einem Überblick über die Geschichte der Kolonien bildete der Vortragende, der lange Jahre an der deutschen Schule zu Windisch tätig war, aus eigener Anschauung Land und Vente. Von schönen Bildern unterdrückt, erklärte er die geologische Gliederung des Landes, die Fauna und Flora und die verschiedenen Bewohntypen. Dann wandte er sich zu den deutschen Ansiedlern und ihrem Leben und erzählte in betreuen Worten, welch gewaltige Leistungen sie mit deutscher Tatkraft und Fähigkeit, unberührt durch manchelei Rückschlüsse, vollbracht haben. Die Landeskennung in Windisch 1914 zeigte deutlich das in kurzer Zeit erreichte. Alles wurde aber durch den Angriff der Engländer und Russen 1914 und 1915 vernichtet, dessen Verlauf Dr. Kierich in kurzen Stichen skizzte. Seine Worte endeten in der dankbaren Jahresfeier der Wünsch, dass diese aufrührerische Kolonie uns nicht für immer verloren sein möge.

### Aus Sachsen.

**Chemnitz.** Amlich wird mitgeteilt: Dem Unternehmen nach steht ein großer Teil von Gemeinden aus dem Roßlager und Höhne Bezirk nach Aufnahme in den amtsbauprät. Bezirk Chemnitz. So sind vor allen Dingen die zum Wirtschaftsbezirk Chemnitz gehörigen Orte Burgstädt, Hattersdorf, Burkardsdorf, Molzdorf, Göppersdorf, Mühlau, Hartmannsdorf, Taucha, Diehsendorf, Markersdorf, Clausnitz, Löbtau, Höhne und Möllnshain aus dem Roßlager Bezirk und Nieder- und Oberlichtenau, Auerswalde und Garasdorf aus dem Höhne Bezirk befreit, ihren Anschluss nach der Amtsbauprät. Chemnitz zu finden. Auch aus Dittersdorf bei Einsiedel (zum Bezirk Höhne gehörig) sind Bünzlau nach Aufnahme in den Wirtschaftsbezirk Chemnitz laut geworden.

**Borna.** Der Bezirksschulrat der Amtsbauprät. Borna nimmt ein werthaltiges

Deutschland und schlägt den Bezirksschulrat vor, 450 Dollar wertbeständige Anleihe des Deutschen

Reiches der Kinderfürsorgeanstalt zu überweisen.

Die Verbindung der Landgemeinde Geising mit der Stadtgemeinde Rötha vom zuständigen

Ministerium genehmigt worden.

### Tageschronik.

#### Ein Gemüldmensch.

In Reichenbach in Niederbayern ist der Bauer Fischer wegen Mordes verhaftet worden. Er gestand, dass er vier Handwerksburschen in ums Leben gebracht und an verschiedenen Stellen vergrobt hat. Den letzten der ermordeten vergrub er nach Entfernung des Breitelsboden in der Schlosskammer unter seinem Bett. Er brachte die Handwerksburschen im Streit wegen der Aufstellung von Dieses gut um.

#### Ein Personenzug von Männern überfallen.

Warschau, 24. November. Zwischen Kiew und Charkow wurde ein Personenzug von einer bewaffneten Bande überfallen und ausgeplündert.

#### Gelegnommener Falschmünzer.

Hannover, 24. November. Hier wurde bei einem Händler eine Falschmünzerwerkstatt ausgehoben. Die Polizei förderte eine Reihe beladenes Material zurate, das unter dem Falschmünzer der Wohnung verdeckt war. Die Falschmünzer beschäftigen sich in der Hauptstadt mit der Herstellung von falschen Billionenscheinen.

### Devisenkurse, 26. November.

New York (1 Dollar):

418950000000 Geld

421050000000 Brief

### Geringste Fahrwassertiefen innerhalb der sächsischen Elektrostrecke

am 15. November 1923.

gepeilt bei einem Wasserstande von 114 Zentimeter

unter Null am Dresden Pegel.

I. Zwischen Schöna (sächs.-thür.-sächs.) Grenze und Pillnitz	in der Mitte Zentimeter	an der Süd- seite Zentimeter	an der Nord- seite Zentimeter
bei Schöna . . .	4,1	205	190
- Postelwitz . . .	8,6	205	210
- Rathen . . .	22,7	205	225
- Pirna, unterhalb der Brücke . . .	34,5	205	235

II. Zwischen Pillnitz und dem Neubod	in der Mitte Zentimeter	an der Süd- seite Zentimeter	an der Nord- seite Zentimeter
bei Riederhof . . .	46,3	195	205
in Dresden, unterhalb der Albertbrücke . . .	54,5	188	192
in Dresden, ehem. Weißeritzbrücke . . .	56,8	190	190

III. Zwischen dem Neubod u. Raitzsch (sächs.-preuß. Grenze)	in der Mitte Zentimeter	an der Süd- seite Zentimeter	an der Nord- seite Zentimeter
in Meissen, rechtsel.	82,0	205	195
in der Elster zw. d. Brücken	82,6	205	205
an der Jahnabach . . .	107,1	205	205

Die vorstehend angegebene Tiefenstellen sind die selektiv und die daseitigen Wassertiefen sind die wirklich gemessenen, nicht die Fahrt- oder Tiefstiefen, die jeder Schiffer für sein Fahrzeug selbst zu bestimmen hat.</

## Amtlicher Teil.

### Befolzungsvorschüsse für Gemeinden.

Die Befolzungsvorschüsse für die infolge der Schöpfung der Bevölkerung von 108 000 000 auf 140 000 000 zu leistende Nachzahlung werden den Gemeinden usw. nach der Befolzungszahl 3 000 000 erachtet demnächst zugewiesen.

Trotzdem die Befolzung der Zahlungsmittel und insbesondere der wertbeständigen Zahlungsmittel Sache der Gemeinden usw. selbst ist, hat sich das Ministerium des Innern bemüht, wertbeständige Zahlungsmittel für die Gemeinden usw. zu versorgen. Aus den eingegangenen Befolzungsvorschüssen, die ihre Befolzungsvorschüsse durch die Staatsbank und die Girozentrale erhalten, für die leiste durch Verordnung vom 20. November 1923 (Sächs. Staatszeitung Nr. 29) geordnete Zahlung schon ein gewisser Prozentsatz übermittelt worden. Da dieser Sabsatz niedriger war als der vom Reichsfinanzministerium für die vorläufige Befolzung angesetzte, wird das Ministerium des Innern diesen Gemeinden usw. die auf Grund der vorliegenden Verordnung zu überweisenden Befolzungsvorschüsse am Ausgleich voll in wertbeständiger Form zugehen lassen.

II G Z Bdg. 4  
Dresden, 26. Nov. 1923. Ministerium des Innern.

### Unterstützung von Kleinrentnern.

Mit Genehmigung des Reichsarbeitsministeriums wird folgendes bekanntgegeben:

Die Unterstützung für die erste Dezemberhälfte ist sofort nach der Reichsdechzahl vom 22. November = 831 Milliarden auszuzeichnen.

Die Mittel für diese Unterstützung werden ungehindert den Amtshauptmannschaften und bezirksteilen Städten überwiesen. IV N 84 K 11. Dresden, 26. Nov. 1923. Ministerium des Innern.

### Berechnung des Preises bei der Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser.

In Ergänzung der Verordnung vom 5. November d. J. wird folgendes bestimmt:

Mit der Erteilung der nach § 1 Abs. 2 der Reichsverordnung vom 24. Oktober 1923 erforderlichen Genehmigung an private Unternehmungen werden die Aufsichtsbehörden der Gemeinden beauftragt, in denen diese Unternehmungen ihren Sitz haben.

Die Aufsichtsbehörden haben von jeder an Elektrizitätswerke erteilten Genehmigung eine Abschrift an die Direktion der Staatslichen Elektrizitätswerke einzureichen.

Dresden, 26. Nov. 1923. Ministerium des Innern.

Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben auf Grund von § 795 BGB. in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1923 genehmigt, daß die Stadtgemeinde **Sauer** für 2 wertbeständige Anteile in Höhe des Wertes von 2000 Mark und 20000 Mark Roggen auf den Inhaber lautende Schuldscheine in Höhe von ½, 1 und 5 Rentenmark Roggen nach Abgabe der eingesetzten Unterlagen ausgibt. Weiter wird nachträglich genehmigt, daß die Stadtgemeinde **Sauer** für eine Papiermarkanleihe in Höhe von 1 Milliarde Mark solche Schuldscheine in Stücken von 500 000 Mark, 1000 000 und 5000 000 Mark nach Abgabe der eingesetzten Unterlagen ausgibt.

Dresden, am 23. November 1923. 463 e II G F

Die Ministerien des Innern und der Finanzen.

Die Kasse der Kreishauptmannschaft bleibt bis auf weiteres am Dienstag jeder Woche zur Erfüllung von Ab- und Aufnahmearbeiten für jeden öffentlichen Verkehr geschlossen. K.V. 134

Gemant., 24. Nov. 1923. Die Kreishauptmannschaft.

Zwischen den Städten **Pegau** und **Großpöhl** ist mit Genehmigung des Ministeriums des Innern ein Konsortiumsvertrag zum gemeinsamen Betrieb des Pegauer Kundenhauses geschlossen. II E: P 15 d Leipzig, 23. Nov. 1923. Die Kreishauptmannschaft.

**Sinnens-Gütertarif für die vollspurigen Linien** Teil II, Heft 2. Am 1. Dezember 1923 werden die im Nachtrag XXI enthaltenen Hochrechnungsbestimmungen für die Station Gebersdorf-Wilsenau geltend und die Angaben für die Station Blotternau im Tarif und in den Nachträgen gestrichen. Ähnliches ist aus unserem Veröffentlichungsblatt ersehen.

Dresden, 24. Nov. 1923. Reichsbahndirektion.

Auf Blatt 486 des Handelsregisters für die Firma **Kau & Vogel** Altengeschäft in Großhartmannsdorf ist heute eingetragen worden: Die Kaufleute Kurt Kölbel in Großhartmannsdorf und dem Buchhalter Max Mittag, dafelbst. Sie führen die Gesellschaft nur in Gemeinschaft miteinander oder mit einem Vorstandmitglied vertreten.

Amtsgericht **Blasewitz**, 22. November 1923.

Zur Aufhebung der Erbgemeinschaft sollen folgende im Grundbuch A für Antonstadt Dresden nach auf den Namen Friedrich Ernst Bachmann eingetragenen Grundstücke in getrennten Verfahren am 20. Dezember 1924, vor 9 Uhr an der Gerichtsstelle, Loschwitzer Str. 1, R. 118, zwangsweise versteigert werden: 1. Blatt 443, nach dem Grundbuch 4,0 Ar groß, auf 16 000 Goldmark gekauft; es besteht aus Wohngebäude mit Hof und liegt in Dresden, **Wilsstraße 5, Ode Hosenstraße**; 2. Blatt 446, nach dem Grundbuch 5,4 Ar groß, auf 12 000 Goldmark gekauft; es besteht aus Hinterwohngebäude, zwei Schuppengebäuden, Hof und Garten und liegt in Dresden, **Hofstraße 2**. Die Einheit der Mietzinsen des Grundbuchamtes sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Zimmer 120. Recht auf Befriedigung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der

Einführung der am 8. September 1923 verlauten Befreiung der am 8. September 1923 verlauten Befreiung vermerkt aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Befreiungstermine vor der Auflösung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, währendfalls die Rechte bei der Feststellung des genannten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Beteiligung des Befreiungstermines den übrigen Rechten nachgelegt werden würden. Wer ein der Befreiung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuslags das Aufheben oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, währendfalls für das Recht der Befreiungserlös an die Stelle des verfeierten Gegenandes tritt.

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 19. Nov. 1923.

Da das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 17175, betr. die Aktiengesellschaft **Härbaum, Deutsche Edelholz-Aktiengesellschaft** in Dresden; Durch Beschluss der Generalversammlung vom 13. Oktober 1923 ist laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage die Gesellschaft aufgelöst worden. Der Kaufmann Günther Ludwig ist nicht mehr Vorstandesmitglied. Zum Liquidator ist bestellt der Kaufmann **Willy Jacob** in Rähnitz-Hellerau;

2. auf Blatt 8236, betr. die offene Handelsgesellschaft **Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pfütze & Co.** in Dresden; dem Kaufmann Friedrich Paul Schmidt, dem Buchhalter Gottfried Richter und der Angestellten Gottfried led. Lichtenwald erzielten Prozesse sind erloschen. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Handelsregister ist an die Gesellschaft **Pfütze & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Dresden übertragen worden.

Die Firma ist erloschen;

3. auf Blatt 11826, betr. die aufgelöste offene Handelsgesellschaft **Gesellschaft für Rohstoffe Eibenstock** in Eibenstock; die Firma ist erloschen;

4. auf Blatt 8233, betr. die Firma **Bleyl & Hammerer (Paul Th. Hammerer)** in Dresden; dem Verlagsbuchhändler August Hermann Wilhelm Böhme erzielte Prozesse ist erloschen. Die Firma ist erloschen;

5. auf Blatt 15931, betr. die Gesellschaft **Hermann Spierer & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Dresden; die Prozesse des Kaufmanns Richard Dietrich ist erloschen. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Richard Ernst Oskar Dietrich in Dresden und Walter Friedrich Augustus Gratzman in Hamburg. Jeder Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten;

6. auf Blatt 17969, betr. die Aktiengesellschaft **Maschinenzentrale landwirtschaftlicher Genossenschaften Sachsen, Aktiengesellschaft** in Dresden; dem Verlagsbuchhändler August Hermann Wilhelm Böhme erzielte Prozesse ist erloschen;

7. auf Blatt 16157, betr. die Firma **Polywarenhandlung Gödel & Löbel** in Dresden; Prozesse des Kaufmanns Willy Margatz in Dresden;

8. auf Blatt 14710, betr. die offene Handelsgesellschaft **Möhler & Wenzel** in Dresden; Der Ingenieur Georg Karl Eduard Wenzel ist ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Techniker Max Georg Möhler führt das Handelsregister und die Firma als Alleininhaber fort;

9. auf Blatt 18547 die Firma **Martin Landgraf** in Dresden. Der Kaufmann Otto Martin Landgraf in Dresden ist Inhaber. (Großhandel mit Buttermitteln, Getreide, Säten und Hülsenfrüchten, Uhlendorf, 10);

10. auf Blatt 18548 die Firma **Oskar Dierbach** in Dresden. Der Kaufmann Georg Oskar Dierbach in Dresden ist Inhaber. (Großhandel mit Seifen, Waschwaren und Soda, Hamburger Straße 32/34);

11. auf Blatt 15626, betr. die aufgelöste offene Handelsgesellschaft **Brüder Biermann & So.** in Dresden; die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 23. Nov. 1923.

Das Handelsregister ist heute auf Blatt 18549 die Gesellschaft **Pfütze & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. November 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fortführung des bisher von der offenen Handelsgesellschaft in Firma **Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pfütze & Co.** in Dresden betriebenen gewerblichen Unternehmens.

Die Erhöhung des Grundkapitals um vierhundert Millionen Mark, in vierzigtausend Aktien zu je zehntausend Mark je Aktie, mit einer Milliarde zweihundert Millionen Mark beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 1893, in der Neuform vom 10. Juni 1922, ist durch den gleichen Beitrag laut Notariatsprotokoll vom 9. August 1923 in den §§ 4, 8 und 31 abgeändert worden. Weitere wird noch bekanntgegeben: Die neuen Aktien laufen auf den Inhaber. Ihre Ausgabe erfolgt zum Kurs von 150 %. Die vorhandenen 20 Millionen Mark Kapitalien, eingetragen in 2000 Stück über je 10 000 Mark, werden unter Aufhebung ihrer bislangen Vorrechte den Stammaktien gleichgestellt; sie werden in 20 000 Aktien zu je 1000 Mark umgewandelt.

Amtsgericht **Eibenstock**, am 22. November 1923.

Auf Blatt 108 des bislangen Handelsregister, die Firma **Hartenstein'sches Fabrikat Emil Neißmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Hartenstein, ist die Fortführung des bisher von der offenen Handelsgesellschaft in Firma **Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pfütze & Co.** in Dresden betrieben gewesenen Unternehmens zu erkennen.

Die Erhöhung des Grundkapitals um vierhundert Millionen Mark, in vierzigtausend Aktien zu je zehntausend Mark je Aktie, mit einer Milliarde zweihundert Millionen Mark beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 1893, in der Neuform vom 10. Juni 1922, ist durch den gleichen Beitrag laut Notariatsprotokoll vom 9. August 1923 in den §§ 4, 8 und 31 abgeändert worden. Weitere wird noch bekanntgegeben: Die neuen Aktien laufen auf den Inhaber. Ihre Ausgabe erfolgt zum Kurs von 150 %. Die vorhandenen 20 Millionen Mark Kapitalien, eingetragen in 2000 Stück über je 10 000 Mark, werden unter Aufhebung ihrer bislangen Vorrechte den Stammaktien gleichgestellt; sie werden in 20 000 Aktien zu je 1000 Mark umgewandelt.

Amtsgericht **Großhartmannsdorf**, am 23. November 1923.

Auf Blatt 108 des bislangen Handelsregister, die Firma **Georg Sieglin in Großröhrsdorf** und als ihr Inhaber der Kaufmann Richard Max Sieglin, dafelbst, eingetragen worden: Angegebener Geschäftszweig: Bearbeitung und Veräußerung von Ledern zu Holzenträgern.

Amtsgericht **Sulzbach**, am 23. November 1923.

Handelsregister Blatt 652, Neuerrichtung offene Handelsgesellschaft **Ziegler & Lang Wobmer Beleuchtungsförderer** in Zugau. Gesellschafter: Hellmuth Ziegler in Niederwürschnitz und Gottwirt Paul Lang in Zugau. Gesellschaftserrichtung: 1. 10. 1923. Zur Vertretung der Gesellschaft sind entweder beide Gesellschafter in Gemeinschaft oder jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen ermächtigt. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation moderner Beleuchtungsförderer. Amtsgericht **Stollberg**, 23. Nov. 1923.

Bilanz per 31. 12. 1922 der bisherigen offenen Handelsgesellschaft **Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pfütze & Co.** in Dresden, mit Rufen und Kosten vom 1. Januar 1923 zu den Buchwerten eingebrochen und zwar zu 1) mit M. 244 413, zu 2) u. 3) mit M. 220 775, zu 4) mit M. 63 997, zu 5) mit M. 168 219, zu 6) mit M. 121 760. Der Buchwert des Grundstücks zu 7 ist in dem Aktenposten "Gesellschaftsanteile Friedrichstadt", der eine Höhe von M. 157 769,00 aufweist, misst zuhalten. Ebenso werden auf Grund der Bilanz der bisherigen mehrere offen handelsgesellschaft unter der Firma **Johannes Graupner & Co.** in Lengenfeld eingetragen worden. Persönlich haftender Gesellschafter ist der Kaufmann Johannes Theodor Graupner in Lengenfeld. Die Zahl der Kommanditisten beträgt 2.

Amtsgericht **Leipzig**, Abt. II B, 15. Nov. 1923.

Auf Blatt 347 des hierigen Handelsregisters ist heute die Kommanditgesellschaft unter der Firma **Johannes Graupner & Co.** in Lengenfeld eingetragen worden. Persönlich haftender Gesellschafter ist der Kaufmann Johannes Theodor Graupner in Lengenfeld. Die Zahl der Kommanditisten beträgt 2.

Amtsgericht **Lengenfeld** (Vogtl.), 22. Nov. 1923.

Auf Blatt 264 des hierigen Handelsregisters ist heute die Firma **Landwirtschaftliche Handelsgesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Lommatzsch mit dem Sitz in Lommatzsch und weiter eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 17. November 1923 geschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf von Zweigwerkstätten, Gasmotor, Geschirre, Wagen, Vieh und Inventar zu den Buchwerten dieser Bilanz eingebrochen. Außerdem legen die Gesellschafter auf Grund der vorgenannten Bilanz die zum Zwecke der Erhaltung und Erneuerung des Analogkapitals von der bisherigen offenen Handelsgesellschaft gebildeten Werkstättungs-Entwicklungsabteilungs- und Ausgleichsfonds in Höhe von insgesamt M. 6 795 000 als Prozesse ein. Der Wert der gesamten Einlagen beträgt M. 1 000 000 und wird den Gesellschaftern entsprechend ihren bisherigen Beteiligungsverhältnissen an der offenen Handelsgesellschaft **Consortium für Güter-An- & Abfuhr Pfütze & Co.** in Dresden eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsgegenständen. Das Stammkapital beträgt einundzwanzig Millionen Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann **Willy Marx** in Lommatzsch. Prokura ist erteilt dem Kaufmann **Paul Rennert** in Lommatzsch. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit dem Geschäftsführer vertreten. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird weiter noch bekanntgegeben, daß die Bekanntmachungen der Gesellschaft nur durch den Deutschen Reichsanzeiger erfolgen.

Amtsgericht **Lommatzsch**, am 22. November 1923.

Auf Blatt 264 des hierigen Handelsregisters ist heute die Firma **Landwirtschaftliche Handelsgesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Lommatzsch mit dem Sitz in Lommatzsch und weiter eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 17. November 1923 geschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsgegenständen. Das Stammkapital beträgt einundzwanzig Millionen Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann **Willy Marx** in Lommatzsch. Prokura ist erteilt dem Kaufmann **Paul Rennert** in Lommatzsch. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit dem Geschäftsführer vertreten. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird weiter noch bekanntgegeben, daß die Bekanntmachungen der Gesellschaft nur durch den Deutschen Reichsanzeiger erfolgen.

Amtsgericht **Lommatzsch**, am 22. November 1923.

Auf Blatt 648, betr. die Firma **Karl A. Schmidt** in Weizen: Der Kaufmann **Karl Wald Schmidt** in Weizen ist in das Handelsgesellschaft eingetreten. Die Gesellschaft ist am 1. September 1923 errichtet worden; — II. auf Blatt 923 die Firma **Milch- und Fleißerzeugung Weizen**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Weizen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. August und 13. Oktober 1923 festgestellt worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Milchverwertung und der Betrieb einer Margarinefabrik. Zur Errichtung dieses Zweiges in die Gesellschaft bezugl. gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwarten, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen oder deren Betrieb zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt fünfzehn Millionen Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Direktor **Max Dennis** in Weizen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsamt **Weizen**, 23. November 1923.

Auf Blatt 453 des Handelsregisters ist heute die Firma **Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt** in Leipzig, Zweigstelle **Großröhrsdorf**, Großröhrsdorf, Zweigniederlassung der Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig, und 2. auf Blatt 470, betr. **Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Zweigniederlassung Seiffenendorf** in Seiffenendorf, Zweigniederlassung des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaft

Verlassen der Arbeitsstelle. Die Arbeiter sind sich der Gefahr, meist gar nicht bewusst, vor sie sich und ihre Familie aussteppen, wenn sie das endlich erhaltenen wertbeständige Geld, sei es auch zu einem höheren Preise, gegen Papiergebärd solchen Händlern überlassen. Bei der sich überflügenden Wertenwertung bleiben sie am Ende die Prellten.

Das Wehrkreiskommando hat demzufolge angeordnet, daß solchen Schädlingen am deutschen Volksleben ihr unsauberes Treiben gelegt werde. Die Polizeibeamten sind angewiesen worden, solche Ausläufer und Wechsler festzunehmen.

### Zur Fälschung der Freitaler 500 Milliarde-Scheine.

Die Nachrichtenstelle der Stadt Freital teilt mit: Die im Verkehr befindlichen 500 Milliarde-Scheine auf die Stadt Freital sind von den richtigen unverfälschten 500 Milliarde-Scheinen ganz augenscheinlich zu unterscheiden. Die falschen Scheine haben in der rechten Ecke das Stadtwappen, sind rötlich-braun und tragen das Datum vom 30. Oktober 1923. Die richtigen Scheine dagegen haben kein Stadtwappen, sind deutlich blau, haben ein weißes Feld und das Datum vom 10. November 1923. Außerdem befindet sich auf den richtigen Scheinen noch der Name der herstellenden Firma Johannes Päßler-Dresden, der auf den falschen Städten steht. Der Unterschied ist also so deutlich, daß eine Schädigung des Publikums ausgeschlossen erscheint.

## Aus Sachsen.

### Weitere Zäsurierung der Staatspolizei.

Das Wehrkreiskommando IV hat durch Beschluß vom 21. November noch die beiden Regierungskommisare Günther von der Beizsachrichtenstelle Leipzig und Bahig von der Beizsachrichtenstelle Chemnitz bis auf weiteres ihres Dienstes entbunden mit der Interaktion ihres Befreiungsbuches, daß die Namen dieser Herren „heute noch nachträglich bekannt geworden sind“.

### Verpflegung für Gefangene in den Gerichtsgefängnissen und Gefangenenzentralen.

Der für die Verpflegung eines Gefangenen in den Gerichtsgefängnissen und Gefangenenzentralen zu erledigende Satz ist vom Justizministerium vom 15. November 1923 ab auf 75 Millionen Mark täglich bestimmt worden.

### Die Erhöhung der Postgebühren.

**Bieracher Rennwehr der höheren Marken.**  
Ab Anfang der Erhöhung der Postgebühren vom 26. November ab hat das Reichspostministerium die Postkantone angewiesen, die Freimarken von dem genannten Tage ab zum vierfachen Rennwert zu verkaufen und bei der Freimachung eines Briefes (Sendungen aus Briefkästen) zum vierfachen Betrag anzurechnen.

### Zur Finanzlage der sächsischen Gemeinden.

Vom Sächsischen Gemeindeamt wird uns geschiehen:  
Die Reichsregierung hat am Grund des Erneuerungsgesetzes unter dem 30. Oktober 1923 eine Verordnung zur Abänderung des

Schließungswesens erlassen und alle Einzelheiten mit Wirkung vom 1. Januar 1924 den Arbeitsgerichten überlassen. Wie zur Zeitrichtung allgemeiner Arbeitsgerichte gelten als solche die gemeindlichen Kaufmanns- und Gewerbe gerichte. Diese Verordnung bedeutet eine außerordentliche neue Mehrbelastung der gemeindlichen Gerichte, die ohne Einschaltung neuer Richter und Vermehrung des Kanzleipersonals nicht geleistet werden kann. Dabei bedeutet die Vermeidung an die Kaufmanns- und Gewerbe gerichte auch eine Erhöhung des Verfahrens und damit eine weitere Verlängerung. Diese Verordnung ist erschienen im gleichen Zeitpunkte, in dem den Gemeinden ein weitgehender Abbau ihres Beamten- und Angestelltenapparates aufgestellt werden soll. Sie steht aber vor allem im stritten Gegen satze zu § 59 des Finanzausgleichsgesetzes, wonach den Gemeinden neue neuen Aufgaben aufgestellt werden dürfen, ohne daß ihnen gleichzeitig die entsprechenden Mittel zur Durchführung der Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Finanzlage der Gemeinden, deren furchtbare Ernst der Allgemeinheit noch gar nicht genug bekannt ist, stehen daher die Gemeinden vor der Frage, ob sie die Übernahme dieser Aufgabe nicht ablehnen müssen. Entsprechende Verhandlungen mit den Reichs- und Landesbehörden sind in Gang.

### Die Sachsenhilfe.

Die von der Sächsischen Staatsbank zugunsten der notleidenden Bevölkerung Sachsen's veranstaltete Sammlung „Sachsenhilfe“ hat von vielen Seiten erfreuliche Beachtung und Unterstützung erfahren. Der Gesamtbetrag der bisher eingegangenen Gelder beläuft sich auf rund 340 Millionen Mark. Unter der großen Menge von Beiträgen einzelner Personen und Firmen, von Belegschaften einzelner Werke und Beamten schaften einzelner Behörden seien hier neben der Sichtung der Sächsischen Staatsbank im Werte von rund 730 Dollar, mit welcher die Sammlung eröffnet wurde, diejenigen Spenden hervorgehoben, die zur Zeit der Rechnung den Wert von 10 Dollar erreichten.

Städte- und Staatsbank der Oberlausitz Zittau  
Städte- und Staatsbank der Oberlausitz Bautzen • 12 •  
Bankier Hugo Simon (Herr. Simon & Co.) Berlin • 10 •  
Firma J. H. Döbel, Dresden • 14 •  
Firma Trinidad, Deutsche Öl- und Asphalt-A.G., Dresden • 12 •  
Firma J. Michael & Co., Berlin • 40 •  
Firma Act.-Ges. f. Glasfabrikation, vorm. Act.-Ges. f. Glasfabrikation, vorm. Act.-Ges. Hoffmann, Bernsdorf O.D. • 50 Schw. Franken.

Sämtliche Einnahmen sind von der Staatsbank sofort verständig angelegt worden und werden durch die Kreishauptmannschaften verteilt. Die Sächs. Staatsbank wird neuerdings die „Sachsenhilfe“ vollständig in den Dienst der vom Landeswohlfahrtssamt eingerichteten Aktion zugunsten der Wohlfahrtspflege stellen.

Es wird gebeten, die Sammlung allerseits noch breiteren Kräften zu unterstützen. Einnahmen vermitteln noch wie vor familiäre Banken und Bankiers. Damit die Spende nicht auf dem Wege vom Spender bis zur Verwendung an Wert verloren, ist schnellste Rückführung an die Sächs. Staatsbank von grösster Wichtigkeit.

rund 16 Dollar

Angesichts dieser Tatsachen kann die Verantwortung der Goldpreissicherung für die gegenwärtige Krise unmöglich bestreiten werden. Sie geht aber deutlich aus dem tatsächlichen Verlauf der Krise hervor. Als sich ihre ersten Anzeichen im Herbst 1923 ankündigten, hielt sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland in extratypischen Grenzen. Die Arbeitslosenziffern gingen sogar im April 1923 nicht unerheblich zurück. Erst die

Einschaltung auf Festmarktrechnung

mit ihren ungeheuren Proporten und Risiko zuschlägen im Hochsommer brachte eine neue und unerhörte Anschwelle der Arbeitslosigkeit. In den letzten Monaten September und Oktober hat sich die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen verdoppelt. Sie betrug im September 9,9 % und erhöhte sich im Oktober auf 17,8 %. Die Verbände der Textil-, Bekleidungs-, Metall- und Rahmenarbeiter, die im September 7,2, 19,8, 10,5 und 15 % Arbeitslose unter ihren Mitgliedern zählten, mäusigten im Oktober 11,5, 37,2, 18,9 und 27 % registrierten. Die Ausbreitung der Krise vollzog sich also vor Einführung der Rentenmark und vor der Einführung der Goldbanknote als Zahlungsmittel. Sie kann also keineswegs als Stabilisierungskrise bezeichnet werden. Ihre tiefen Ursachen liegen in der Preisabreihung, die durch Passivität der wirtschaftlichen Ressourcen einzog.

Der deutsche

Kreditpolitik,

die ja die Aufgabe hat, die Produktion zu bedienen, muß den Vorwurf gemacht werden, die Krise verschärft zu haben. Durch ihre hohen Zinsraten für werbefähige Kredite haben Reichsbank und Privatbanken eine nun schon seit Wochen anbauende finanzielle Versiegelung des Geldmarktes herbeigeführt, um einen Zwang auf die deutschen Devisenbesitzer auszuüben, ausländische Zahlungsmittel zum Verkauf zu stellen. Diese Maßnahme hatte zur Zeit der Regierungshäufigkeit allerdings noch Sinn und Aussicht auf Erfolg. Heute aber sind Abnahmen der Zahl der wirtschaftlichen Anordnungen

### Sicherabzug vom Arbeitslohn.

Der Sicherabzug vom Arbeitslohn wird mitgeteilt: Die Verhältniszahl für die Erneuerungsgesetze beim Sicherabzug vom Arbeitslohn für die Zeit vom 25. November bis zum 1. Dezember 1923 beträgt das siebenhunderttausendfache der in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Erneuerungsgesetze. Die Wochenerneuerungen betragen hierauf für den Sicherabzug und seine Eltern 120.960 Millionen Mark, für jedes minderjährige Kind 806.400 Millionen Mark und für Verdunstungen 1008 Millionen Mark.

### Ruhesatzbezüge.

Den im Winterfeld und im Ruhesatz bezahlenden sächsischen Beamten, Lehrkräften und Bediensteten sowie deren Hinterbliebenen steht das Recht zu, bei der Postanstalt, von der sie die Verpflegungsgeschäfte erhalten, diese Gebühren für das zweite, dritte und vierte Novemberviertel nachträglich unter Vorliegen der entsprechenden Zahlungsanweisungabschriften anteilig mit 10 für das zweite, 30 für das dritte und 50 für das vierte Novemberviertel umtauschen. Dieser Umtausch war infolge Mängels an werbefähigen Zahlungsmitteln bisher nicht möglich. Auch in der nächsten Zeit stehen werbefähige Zahlungsmittel in ausreichender Menge noch nicht allenfalls zur Verfügung. Eine Benachteiligung der Verpflegungsberechtigten tritt hierdurch nicht ein. Den Verpflegungsberechtigten ist jeweils der volle Beitrag ihrer Verpflegungsgeschäfte in Papiermark ausgezahlt worden, auch wird bei dem nachträglichen Umtausch derartige Kurz zugrunde gelegt werden. Es ist den Tag der Fälligkeit der Gebühren in Betracht kommt. Bei dem Umtausch kann von den Postanstalten eine genaue Berechnung nicht vorgenommen werden; er wird nur in runden Beträgen vorgenommen werden können. Durch Staatslotterien kann der nachträgliche Umtausch nicht vorgenommen werden. Ründliche oder schriftliche Anträge beim Abgeordnetenrat im Finanzministerium in dieser Angelegenheit möchten im Interesse der ungehobten Überweisung der Verpflegungsgeschäfte möglichst unterlassen werden. Auf Beantragung des Bezirksrates kann nicht gerechnet werden.

### Bezirksausschuss.

Der Bezirksausschuss der Amts hauptmannschaft Dresden-N. genehmigte die Capung für die Bildung eines einheitlichen Gemeindeverbands zwischen der Stadt Dresden und den beiden Dresdner Amts hauptmannschaften zur Sicherung der Bruttoversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24. Zu einer längeren Ausprägung führt der Antrag einer Anzahl Einwohner von Parthe und Hinterzschort auf zwangsweise Vereinigung beider Gemeinden. Der Bezirksausschuss hat zurzeit von einer Preisabschätzung auf Zwangsvereinigung ab, hält es aber für erwünscht, daß zunächst Verhandlungen unter der Leitung der Amts hauptmannschaft zwischen beiden Gemeinden geführt werden, erkläre aber darüber hinaus, daß er die Verbindung der beiden Gemeinden für sachlich geboten halte. — Die Anträge für ein eigenes Kaufmanns- und Gewerbeamt der Stadt Dresden werden genehmigt. — Der Bevölkerung des Amtes Görlitz mit der Stadtgemeinde Görlitz sowie noch besondere Anträge an diese beiden Städte gerichtet werden, in denen am sofortigen Freilassung der Gefangenen, besonders des Bürgermeisters, Dr. Kolvenburg aus Bangau, wird am 10. Dezember sein Amt antreten.

**Königenthal i. E.** Von der Reichswehr verhaftet worden war der Gemeindevorstand Mann. Er wurde nach Elsterstein gebracht, jedoch auf Bezeichnung des Bürgermeisters Römer-Elsterstein wieder freigelassen. Der Gemeindevorstand beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dieser Angelegenheit und sprach einstimmig dem Gemeindevorstand sein Vertrauen dadurch aus, daß er auf weitere sechs Jahre als Gemeindevorstand wieder gewählt wurde.

**Zittau** Der neue Bürgermeister, Dr. Kolvenburg aus Bangau, wird am 10. Dezember sein

Amt antreten.

**Offene Stellen für Geistliche und Lehrer.** Im regelmäßigen Verhältnis zu bef. 1. Prästerstelle zu Neulrich a. Holzwald (Oberlausitz), Koll. Major z. D. Clemens Oppen v. Huldenberg, Bef. des Atz. Oberneulrich L. S.; Prästerstelle zu Hof (Ostholz), Koll. Rittergutsbes. Georg v. der Deden auf Ratzien.

Hauptm. Fortbildungsschullehrerstelle in Langenfeld i. E. Diöz. C. Unterrichtsleiterin in Metall- u. Holzarbeitsklassen. Wohnung für Prediger nach Lehrerstelle zu Langenfeld i. E. Diöz. C. Beschildung zur Err. von Gesangunterricht erwünscht. Wohnung vorh. Bew. bis 15. Dez. an den Bezirksaussch. zu Marienberg. — Et. Stelle einer Haushaltungslehrerin an der Mädchenhöher-Sch. Elbau i. Sa. Beschildung zur Err. des Ruhesatzes unterrichtes erwünscht. Antritt 15. 2. 24. Bew. bis 10. 12. an den Bezirksaussch. zu Löbau. — 1. 4. 24 Lehrerstelle an der Volksschule in Reichenbach. — Et. Stelle einer Haushaltungslehrerin an der Mädchenhöher-Sch. Elbau i. Sa. Beschildung zur Err. des Ruhesatzes unterrichtes erwünscht. Antritt 15. 2. 24. Bew. bis 10. 12. an den Bezirksaussch. zu Bautzen. — 4. Ruh. Lehrerstelle an der Volksschule in Marktredwitz. — Et. Stelle einer Haushaltungslehrerin an der Volksschule zu Leipzig II.

**Leipzig.** Zwischen dem Verband der Metallindustrie und der Organisation der Arbeitnehmer besteht schwaches Verhandlungen über Lohnzuschläge. Das letzte Angebot der Arbeitgeber war ein Eigenlohn von 40 Goldpfennigen für die Stunde. Mit diesem Angebot war eine Funktionärversammlung der Arbeitnehmer nicht einverstanden. Es wurden vielleicht 75 Goldpfennige gefordert. Eine Einigung kam nicht zustande. Als die Belegschaften auf ihren Arbeitsplätzen erschienen, wurde ihnen erklärt, daß sie ausgespielt seien.

**Trotzendorf i. E.** Von der Reichswehr verhaftet worden war der Gemeindevorstand Mann. Er wurde nach Elsterstein gebracht, jedoch auf Bezeichnung des Bürgermeisters Römer-Elsterstein wieder freigelassen. Der Gemeindevorstand beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dieser Angelegenheit und sprach einstimmig dem Gemeindevorstand sein Vertrauen dadurch aus, daß er auf weitere sechs Jahre als Gemeindevorstand wieder gewählt wurde.

**Zittau** Der neue Bürgermeister, Dr. Kolvenburg aus Bangau, wird am 10. Dezember sein Amt antreten.

**Klingenthal.** Eine öffentliche, als dringend einberufene Sitzung der hätzlichen Kollegen beschäftigte sich mit den von der inneren Markt hier erschienenen Reichswehr vorzunehmenden Verhaftungen. Stadtvorordnetenvorsteher Schloss teilte mit, daß Bürgermeister Dr. Zimmermann, Stadtvorordneten Walter Soltot, die Gewerkschaftsbeamten Raumann und Rothe, Werkführer Albin Friedel, Max Schneider und ein siebenter Herr verhaftet worden sind. Er bat, von einem Prozeß abschließen, da gegen die Beschuldigten bereits in anderer Weise Ermittlung erhaben worden sei. Es seien dringende Telegramme an den Minister des Innern und an den Regierungskommissar Meier sowie noch besondere Anträge an diese beiden Städte gerichtet worden, in denen am sofortigen Freilassung der Gefangenen, besonders des Bürgermeisters, wegen der für die häutige Verwaltung bestehenden Gefahren gebeten werden.

und Maßnahmen zu rechnen ist, so gewinnt die Frage einer für die Allgemeinheit geeigneten Fassung und Veröffentlichung der Gesetze und Verordnungen um so mehr an Bedeutung.

\* **Geldtarif für Patentgebühren.** Dem Reichstag ist der Entwurf einer Verordnung zugegangen, wonach, vom 1. Dezember an, für die potentiell Gebühren ein in Gold festgesetzter Tarif eingezogen wird. Der Gemeindevorstand wird auf Bezeichnung des Bürgermeisters Römer-Elsterstein wieder freigelassen. Der Gemeindevorstand beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dieser Angelegenheit und sprach einstimmig dem Gemeindevorstand sein Vertrauen dadurch aus, daß er auf weitere sechs Jahre als Gemeindevorstand wieder gewählt wurde.

\* **Aushebung der Zwangsbewirtschaftung von Betrieben.** Die seit 1916 bestehende Betriebsverwaltung wird durch eine demnächst zur Veröffentlichung gelangende Verordnung des Reichswirtschaftsministers, mit Wirkung vom 1. Dezember 1923, aufgehoben werden. Zum gleichen Zeitpunkt wird auch die Festschreibung von Höchstpreisen für Gemüse fortsetzen. Ferner wird in Kürze das Ausfuhrverbot für Gemüse aufgehoben werden. Die Bearbeitung der Einfuhrangelegenheiten für Gemüse erfolgt dann durch den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung.

\* **Dresdner Briefmarken- und Münzenbewertungsgesellschaft A.G.** In der lebhaft verhandelten außerordentlichen Generalversammlung wurde Oberbaumeister Schnabel in den Aufsichtsrat wiedergewählt und der Präsident des Bundes Deutscher und Österreichischer Philatelistenvereine, Regierungsbaurat Otto Höld, neu gewählt. Die Verwaltung gab bekannt, daß sie vom 3. bis 5. Dezember im Hotel Continental stattfindende reich besetzte Briefmarkenversteigerung voraussichtlich ein sehr günstiges Ergebnis zeitigen werde. Es seien bereits zahlreiche Gebote eingegangen; der Verlauf der Versteigerung sei lebhaft.

**Übersteuerung auch in Polen.** Ähnlich wie in Deutschland erhöhen sich die Warenpreise in Polen jähler als der Entwicklungsfaktor der polnischen Mark. Der Goldmarkindex betrug im Juli 71, im August 97 und Ende September 109 gegen 100 am 1. Januar 1914. Damit sind auch in Polen die Preise höher als im Frieden.

\* **Produktions-Werte zu Chemnitz.**

— mittlere Röntgenzäsuren am 22. November 1923, nach: 1. Röntgenstrahlung: 100. Breite in Goldmark: weniger 200—300. Röntgenstrahlung: 200—300. Röntgenstrahlung: 300—400. Röntgenstrahlung: 400—500. Röntgenstrahlung: 500—600. Röntgenstrahlung: 600—700. Röntgenstrahlung: 700—800. Röntgenstrahlung: 800—900. Röntgenstrahlung: 900—1000. Röntgenstrahlung: 1000—1100. Röntgenstrahlung: 1100—1200. Röntgenstrahlung: 1200—1300. Röntgenstrahlung: 1300—1400. Röntgenstrahlung: 1400—1500. Röntgenstrahlung: 1500—1600. Röntgenstrahlung: 1600—1700. Röntgenstrahlung: 1700—1800. Röntgenstrahlung: 1800—1900. Röntgenstrahlung: 1900—2000. Röntgenstrahlung: 2000—2100. Röntgenstrahlung: 2100—2200. Röntgenstrahlung: 2200—2300. Röntgenstrahlung: 2300—2400. Röntgenstrahlung: 2400—2500. Röntgenstrahlung: 2500—2600. Röntgenstrahlung: 2600—2700. Röntgenstrahlung: 2700—2800. Röntgenstrahlung: 2800—2900. Röntgenstrahlung: 2900—3000. Röntgenstrahlung: 3000—3100. Röntgenstrahlung: 3100—3200. Röntgenstrahlung: 3200—3300. Röntgenstrahlung: 3300—3400. Röntgenstrahlung: 3400—3500. Röntgenstrahlung: 3500—3600. Röntgenstrahlung: 3600—3700. Röntgenstrahlung: 3700—3800. Röntgenstrahlung: 3800—3900. Röntgenstrahlung: 3900—4000. Röntgenstrahlung: 4000—4100. Röntgenstrahlung: 4100—4200. Röntgenstrahlung: 4200—4300. Röntgenstrahlung: 4300—4400. Röntgenstrahlung: 4400—4500. Röntgenstrahlung: 4500—4600. Röntgenstrahlung: 4600—4700. Röntgenstrahlung: 4700—4800. Röntgenstrahlung: 4800—4900. Röntgenstrahlung: 4900—5000. Röntgenstrahlung: 5000—5100. Röntgenstrahlung: 5100—5200. Röntgenstrahlung: 5200—